

Nr. 2
August
1991
3,50 DM

Marxistische Hefte

Jugoslawien:

KRIEG



in Europa?

Sowjetunion
Italien

Dokumentation – Leo Trotzki:
„Vom Plan der CGT
zur Eroberung der Macht“

VORAN Marxisten in der SPD



weitere
Themen:

In der zweiten Ausgabe der „Marxistischen Hefte“ bringen wir schwerpunktmäßig Artikel zu den Entwicklungen in Osteuropa und zu den Auswirkungen der Krise des Stalinismus auf die Linke in den entwickelten kapitalistischen Ländern. Gerade die aktuellen Entwicklungen in der Sowjetunion zeigen die Notwendigkeit, sich tiefergehend mit den theoretischen Fragen auseinanderzusetzen, die sich nach dem Zusammenbruch der Nachkriegsordnung stellen.

Die Artikel in den „Marxistischen Heften“ sollen nicht unbedingt „brandaktuell“ sein, sondern eher die Hintergründe und grundlegenden Entwicklungen beleuchten. Sie sollen eine Grundlage für den Leser darstellen, selbst weiterzudenken und aktuelle Ereignisse zu analysieren. Dieses Mal trifft das besonders auf den Artikel über Perspektiven für die Sowjetunion zu, in dem die Möglichkeit eines Putsches gegen Gorbatschow nur allgemein angesprochen wird, da er noch im Juli geschrieben wurde.

Die erste Ausgabe der „Marxistischen Hefte“ ist auf ein sehr gutes Echo gestoßen. Wir wollen alle Leser auffordern, selbst in der Form von Leserbriefen oder Artikeln dazu beizutragen, daß die „Marxistischen Hefte“ noch interessanter und lebendiger werden.

Redaktion VORAN, 20. August 1991

Zum Umschlagfoto:

Straßensperren und bewaffnete Einheiten beherrschen das Bild des Jugoslawien von heute. Bald täglich werden Menschen in den Auseinandersetzungen getötet. Ständig droht die Gefahr, daß ein heißer Krieg bzw. Bürgerkrieg mitten in Europa ausbricht. Österreich rüstet sich bereits dafür. Ist das das neue friedliche Jahrhundert, das uns von den Unternehmern und ihren politischen Freunden prophezeit wurde?

Inhalt

	Seite
Jugoslawien: Krieg in Europa?	1
Australien: Der Tod der kommunistischen Partei ...	8
Dokumentation: Leo Trotzki Vom Plan der CGT zur Eroberung der Macht	11
Sowjetunion: Bürokratie + Markt = Katastroika ...	18
Spaltung der italienischen Arbeiterbewegung	23

Impressum:

Herausgeber:

VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.

Verantwortlicher Redakteur: Brent Kennedy

Redaktionsanschrift:

VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Tel. 0221/134504

Krisenherd Jugoslawien

Krieg in Europa?

von Ulf Petersen, Köln und

Georg Kümmel, Aachen (Abschnitt über „Jugoslawien“ unter Tito, aus VORAN Nr. 107)

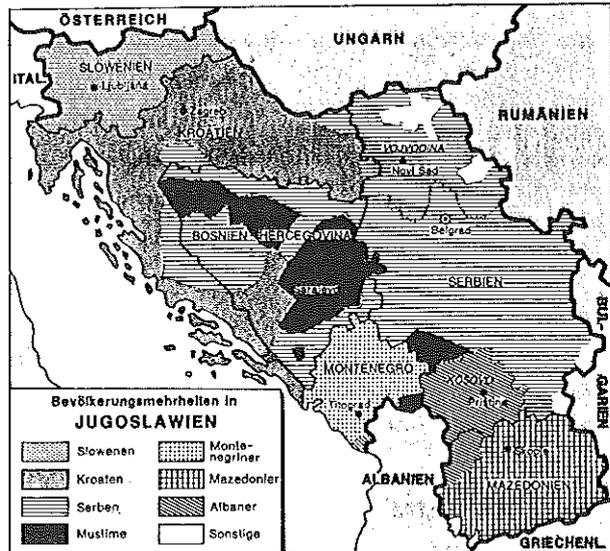
Krise und Bürgerkrieg in Jugoslawien sind für viele Menschen hier in Deutschland eine schwer verständliche Angelegenheit. Viele flüchten sich in simple Erklärungen nach dem Muster, „die Balkanvölker waren eben schon immer so“, oder „die verrückten Serben sind Schuld an dem ganzen Blutvergießen“. Durch die Berichterstattung in den bürgerlichen Medien werden solche unterschwellig rassistischen Vorurteile noch verstärkt, oftmals gemischt mit einem Schuß Propaganda gegen Titos „Sozialismus“. Ein bequem vereinfachtes Geschichtsbild hat auch Max Streibl, CSU-Ministerpräsident von Bayern, der im Bayernkurier (vom 6.7.1991) das Problem aus seiner Sicht erklärt: „Tatsache ist, daß in Jugoslawien mehrere grundverschiedene Kulturkreise unter Tito in einem Vielvölkerstaat zusammengepfercht wurden.“

Die wirklichen Wurzeln des Konflikts liegen tiefer. Im folgenden Artikel soll ein Überblick über die geschichtlichen Hintergründe und die Entwicklung des aktuellen Konflikts gegeben werden.

Die „Balkanisierung“ des Balkans

Der Vielvölkerstaat Jugoslawien war das Resultat der Neuaufteilung des Balkans nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches und der österreichisch-ungarischen Monarchie. Die meist orthodoxen Serben lebten jahrhundertlang unter türkischer Herrschaft im osmanischen Reich, während die katholischen Slowenen und Kroaten sich unter der Herrschaft der Habsburger eher europäisch ausrichteten.

Religiöse und kulturelle Unterschiede allein sind aber entgegen weitverbreiteter Vorurteile noch nie die alleinige Ursache blutiger Konflikte gewesen. Die sind



erst durch die „Teile und Herrsche“-Politik der europäischen kapitalistischen Großmächte geschaffen worden, für die die verschiedenen Kulturen und nationalen Identitäten immer nur Figuren auf ihrem Schachbrett waren.

Rußland, Britannien, Frankreich, Österreich und Deutschland schufen auf dem „Berliner Kongreß“ 1879 ein

Jugoslawien hat eine Gesamtbevölkerung von 23,8 Millionen und gliedert sich in 6 Teilrepubliken und zwei ehemals autonome Provinzen:

Slowenien: Republik; 1,9 Millionen Einwohner; 91% Slowenen, 9% Sonstige.

Kroatien: Republik; 4,7 Millionen Einwohner; 75% Kroaten; ca. 600.000 Serben, die in ihren Siedlungsgebieten teilweise die Mehrheit gegenüber den Kroaten stellen.

Bosnien-Herzegowina: Republik; 4,3 Millionen Einwohner; 40% Moslems, 32% Serben, 18% Kroaten, 10% Sonstige.

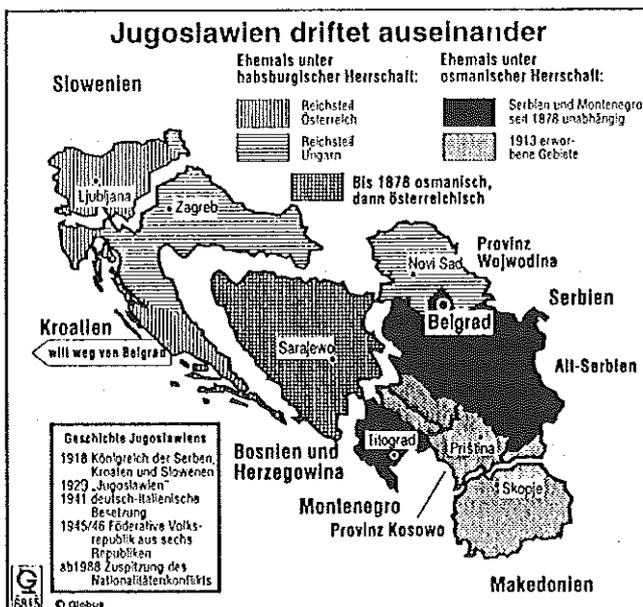
Montenegro: Republik; 0,6 Millionen Einwohner; 69% Montenegriner, 13% Moslems, 7% Albaner, 11% Sonstige.

Serbien: Republik; 9,7 Millionen Einwohner; 66% Serben, 14% Albaner, 2% Kroaten, 2% Moslems.

Mazedonien: Republik; 2,0 Millionen Einwohner; 67% Mazedonier, 17% Albaner, 16% Sonstige.

Kosovo: ehemals autonome serbische Provinz, heute Teil von Serbien; 1,8 Millionen Einwohner; 77% Albaner, 13% Serben, 10% Sonstige.

Vojvodina: ehemals autonome serbische Provinz, heute Teil von Serbien; 2 Millionen Einwohner; 54% Serben, 19% Ungarn, 27% Sonstige.



System, um das mit dem Niedergang des osmanischen Reiches entstehende neue Kräfteverhältnis und ihre Macht über Südeuropa abzusichern.

„Die Staaten, die heute auf der Balkanhalbinsel existieren, sind von der europäischen Diplomatie am Tisch des Berliner Kongresses von 1879 zusammengezimmert worden. Dort sind alle Maßnahmen ergriffen worden, um die nationale Mannigfaltigkeit des Balkans in ein System sich gegenseitig bekämpfender Kleinstaaten zu verwandeln. Keinem von ihnen wurde erlaubt, sich über ein bestimmtes Maß hinaus zu entwickeln, jeder einzelne von ihnen wurde in diplomatische und dynastische Ketten gelegt und den anderen entgegengestellt, und schließlich wurden sie alle zusammen zur hilflosen Unterordnung unter die großen Mächte von Europa und ihre ständigen Intrigen und Verschwörungen verurteilt.“ Das schrieb Leo Trotzki 1908 (in „The Balkan Wars“, New York 1980, S. 15).

Was ist konkret passiert? 1882 erhob sich Serbien selbst zum Königreich. Es schürte den Nationalismus und die Freiheitsbestrebungen der unter der österreichisch-ungarischen Monarchie lebenden Serben in den damaligen Provinzen Kroatien und Bosnien-Herzegowina. Der erste Weltkrieg wurde schließlich 1914 durch das Attentat eines serbischen Nationalisten auf den österreichischen Thronfolger in Sarajewo ausgelöst. Für die europäischen imperialistischen Mächte war dies der „Startschuß“, um den Krieg um die Neuaufteilung der Welt – unter anderem der Balkanregion – zu beginnen.

Gründung Jugoslawiens

Nach dem Ende des ersten Weltkrieges wurde unter Oberaufsicht der Siegermächte England und Frankreich das „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen“ durch den Anschluß der serbischen Gebiete der zerschlagenen österreichisch-ungarischen Monarchie an Serbien gebildet. Damit wurde dem serbischen Führungsanspruch nachgegeben. Dies war zum einen die „Belohnung“ dafür, daß das Königreich Serbien auf Seiten der Siegermächte mitgekämpft und fast eine halbe Million Soldaten verloren hatte und zum anderen der Versuch, ein Bollwerk gegen die revolutionären Bestrebungen der Arbeiter Osteuropas aufzubauen, die durch die Oktoberrevolution 1917 einen mächtigen Impuls bekommen hatten.

Die Vormachtstellung der Serben wurde mit Hilfe der Siegermächte des ersten Weltkrieges zementiert und führte zu heftigen Konflikten mit dem benachteiligten kroatischen Volk. Die Serben besetzten die Schlüsselpositionen in Verwaltung und Regierung. Kroatien mußte 95% aller erwirtschafteten Gelder an den Hof in Belgrad abführen. Die vertiefte Spaltung zwischen den verschiedenen Nationalitäten war ganz im Sinne der europäischen Imperialisten, die so ihre wirtschaftliche Vorherrschaft absichern konnten, während die jugoslawischen Arbeiter und Bauern sich gegeneinander ausspielen ließen.

Der Gegensatz zwischen Serben und Kroaten gipfelte 1928/29 in der Ermordung des kroatischen Bauernführers Radic und dem Staatsstreich des serbischen Königs Alexander, der die Unterdrückung der anderen Nationalitäten verschärfte und das Königreich in „Jugoslawien“ umbenannte.

Faschistische Besetzung

In den 20er Jahren gab es Widerstand kroatischer Gruppen gegen die serbische Vorherrschaft. Eine der bewaffnet kämpfenden Gruppen war die klerikal-faschistische „Ustascha“-Bewegung.

Seit dem Ausbruch des 2. Weltkrieges hatten sich die Konflikte zwischen Serben und Kroaten zugespitzt. 1941 marschierten zunächst Italien und dann Deutschland in Jugoslawien ein.

Bereits vorher hatte sich Deutschland als Schutzmacht der Slowenen und Kroaten dargestellt. Slowenien wurde allerdings Italien zugeschanzt. In Kroatien konnte unter deutschem Schutz die faschistische Ustascha-Bewegung eine Diktatur errichten, die sich damit rühmte, die Juden schneller auszurotten, als die Nazis es taten. Der Ustascha-Führer Pavelic wollte beweisen, „daß Kroaten keine Slawen sind, sondern blut- und artmäßig sich letztlich zum Germanentum bekennen“. Ein zentraler Punkt im Programm der Ustascha war die „Rekatholisierung“ Kroatiens – vorzugsweise durch das Massakrieren der orthodoxen Serben. Insgesamt wurden von 1941–45 ca. 500.000 Serben umgebracht. Der Vatikan schien begeistert gewesen zu sein, denn noch kurz vor seinem Tod 1959 erhielt Pavelic den besonderen Segen von Papst Johannes XXIII.

Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, daß die serbischen Führer auch heute noch mit Warnungen vor der faschistischen Gefahr und vor einem „4. Reich“ die Stimmung der serbischen Bevölkerung anheizen können. Besonders gilt dies für die serbische Minderheit in Kroatien, da die heutige kroatische Unabhängigkeitsbewegung sich zum Teil auf die Tradition des Ustascha-Widerstands gegen Serbien beruft und der kroatische Präsident Tudjman teilweise die Verbrechen der Ustascha verharmlost.

Widerstand und Sieg über den Faschismus

Viele Serben kämpften in den Reihen der großserbisch gesonnenen und königstreuen Tschetniks gegen die kroatische Ustascha-Diktatur. Einerseits betrieben sie einen schonungslosen Ausrottungskrieg gegen die Kroaten und verstärkten so den Nationalismus, weil sie nicht zwischen den Führern und dem Volk unterschieden, andererseits arbeiteten ihre Führer mit den deutschen Besatzern zusammen. Viele Tschetniks schlossen sich deshalb den Partisanenverbänden der Kommunistischen Partei Jugoslawiens unter Tito an. Serbische Nationalisten knüpfen heute demagogisch an die angeblich „antifaschistischen“ Traditionen der Tschetniks an und versuchen, antikroatische Stimmungen in der serbischen Bevölkerung zu schüren.

Die Kommunistische Partei Jugoslawiens (KPJ) war die einzige Kraft, die in ganz Jugoslawien den Widerstand organisierte. Während des Partisanenkrieges blieben die Partisanen unter der Führung Titos ohne jegliche ausländische Hilfe. Ganz auf sich allein gestellt mußten Waffen, Munition, Medikamente hauptsächlich vom Feind erobert werden.

Der Partisanenkrieg war äußerst grausam, denn die deutschen Besatzer handelten nach der Devise: Für jeden

erschossenen Deutschen werden 100 Serben hingerichtet. Die Folge waren unvorstellbare Massaker an der jugoslawischen Bevölkerung. An einzelnen Tagen wurden tausende Serben erschossen. Dennoch siegte die Partisanenarmee. In ihr kämpften Angehörige der verschiedenen Nationalitäten Jugoslawiens gemeinsam gegen die deutschen Besatzer.

Stalin hatte der KPJ zu Beginn des Partisanenkrieges u.a. mitgeteilt: „Bedenkt, daß es sich bei der jetzigen Etappe um die Befreiung von der faschistischen Unterjochung handelt und nicht um eine sozialistische Revolution ...“ Aber die Partisanen unter Führung der KPJ bauten in den befreiten Gebieten eine neue Verwaltung auf. Der Grundbesitz und die Fabriken von Kollaborateuren wurden konfisziert. Anders hätte man die Versorgung der Bevölkerung und der Partisanenarmee auch nicht sicherstellen können. So wurde der Grundstein für die komplette Enteignung der Fabriken und des Großgrundbesitzes nach dem Krieg gelegt.

In Jugoslawien gelang es der Partisanenbewegung mit Tito an der Spitze, die Nazi-Truppen zu besiegen. Daher rührte auch das hohe Ansehen Titos in der jugoslawischen Bevölkerung. Tito und die jugoslawische KP-Führung hatten nach dem Krieg eine Massenbasis in der jugoslawischen Bevölkerung. Sie nutzten diese Position,

um selbstbewußt gegenüber Stalin aufzutreten. Stalin sah darin eine ernsthafte Bedrohung seines Abkommens mit den imperialistischen Mächten, das er auf Jalta unterzeichnet hatte. Hierin war vereinbart worden, daß Jugoslawien im Einfluß des kapitalistischen Lagers verbleiben sollte. Der Konflikt zwischen Stalin und Tito entzündete sich schließlich an Plänen Titos, Jugoslawien und Bulgarien zu einer Staatenföderation zusammenzufassen. Stalin verlangte von der KPJ, nichts ohne seine Einwilligung zu tun. Da sich Tito und die Führung der KPJ dem widersetzen, war der Bruch mit Stalin unvermeidlich.

Wirtschaftsblockade

Im Jahr 1948 wurden die sowjetischen Militär- und Wirtschaftsberater aus Jugoslawien abgezogen. Die KPJ wurde aus der Kominform (Informationsbüro der stalinistischen Parteien in Osteuropa) ausgeschlossen und Moskau verhängte eine Wirtschaftsblockade über Jugoslawien. Gleichzeitig begann in der sowjetischen Presse eine Hetzkampagne gegen die Führer der KPJ. Sie wurden als Verräter und gar als Faschisten beschimpft. In einem Beschluß der Kominform vom November 1949 heißt es u.a.: „Die ‚Kommunistische Partei Jugoslawiens‘ ist in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung in die Hände von Volksfeinden, Mördern und Spionen geraten und hat so-



Serbische Tschetniks und ein Bürgerkriegsopfer.

mit das Recht verloren, sich kommunistische Partei zu nennen und ist nur ein Apparat, der die Spionageaufträge der Clique Tito-Kardelj-Rankovic-Djilas ausführt.“

Tito wandte sich in dieser Situation an den Westen und erhielt Militär- und Wirtschaftshilfe von den USA. Nach Stalins Tod 1953 entspannte sich die Lage zwischen Jugoslawien und der Sowjetunion.

Tito hatte zwar mit Stalin gebrochen, aber nicht mit den Methoden des Stalinismus. In den dreißiger Jahren, zur Zeit der großen Säuberungen, hielt sich Tito mehrmals im Auftrag der Komintern in Moskau auf. Während viele führende Mitglieder anderer KP's dem Terror Stalins zum Opfer fielen, wurde Tito in Moskau zum Organisationssekretär und später zum Generalsekretär der KPJ gewählt. 1940 säuberte er selbst die KPJ von seinen Gegnern. Nach Kriegsende belohnten sich die Führer der KPJ mit Privatvillen. Ein eigenes Versorgungswesen wurde geschaffen, um die Angehörigen der Bürokratie mit den Dingen zu versorgen, die das Leben angenehm machen, in Jugoslawien aber schwer zu beschaffen waren. Eine Arbeiterdemokratie wie in den ersten Jahren nach der Oktoberrevolution in der Sowjetunion hat es in Jugoslawien nie gegeben.

„Arbeiterselbstverwaltung“

Durch die Wirtschaftsblockade der Sowjetunion verschlechterte sich zunächst die wirtschaftliche Lage in Jugoslawien. Die Bauern protestierten gegen die Kollektivierungsmaßnahmen und unter den Arbeitern nahm die Unruhe wegen der schlechten Versorgungslage zu. Tito entschloß sich daraufhin zu einer Dezentralisierung der Wirtschaft. Die Betriebe sollten weitgehend selbständig ihre Produktion und den Warenaustausch untereinander regeln. Sie bekamen das Recht, über Investitionen, Löhne, Importe und Exporte in gewissen Grenzen selbst zu entscheiden. Die Arbeiter hatten zwar formal das Recht, die Leitung der Fabrik zu wählen, aber in der Praxis hatte dennoch die Bürokratie das letzte Wort.



Adolf Hitler mit Ustascha-Führer Ante Pavelic (rechts).

Anfangs entwickelte sich die Wirtschaft Jugoslawiens sehr schnell. Die Balkanstaaten waren jahrzehntelang vom europäischen Imperialismus ausgeblutet und niedergehalten worden. Wie auch in den anderen Staaten Osteuropas war erst auf der Grundlage der Planwirtschaft eine Industrialisierung und Entwicklung möglich. In dem Maße, wie die Wirtschaft an Komplexität zunahm, wurde jedoch die Bürokratie immer mehr zu einer Bremse für die Entwicklung der Produktivkräfte. Mit den Elementen der Marktwirtschaft (u.a. Konkurrenz zwischen den Betrieben) handelte man sich gleichzeitig eine steigende Arbeitslosigkeit ein. Es gelang auch nicht, die wirtschaftliche Ungleichheit zwischen dem vergleichsweise reichen Norden und dem unterentwickelten Süden zu mildern. So liegt z.B. das Lohnniveau in Slowenien viermal höher als im Kosovo. Hier liegt auch die eigentliche Ursache für den wiederaufflammenden Streit zwischen den verschiedenen Nationalitäten.

Heute liegt die Arbeitslosigkeit bei 17% im Landesdurchschnitt, in der ärmsten Provinz Kosovo bei über 30%, in Slowenien nur bei 10%. Die Produktion fiel 1990 um 18,2%, 1991 wird ein Fall um 28% erwartet. Die Inflation wurde von 1989 bis 1990 durch drastische Maßnahmen auf dem Rücken der Bevölkerung von 2400% auf 30% gesenkt, liegt allerdings inzwischen wieder bei 120%. Die Reallöhne werden von der Inflation aufgefressen. In vielen Betrieben werden die Löhne seit Monaten nicht mehr ausgezahlt. Die Weltbank hat ein Drittel aller Unternehmen für bankrott erklärt.

Dabei ist Jugoslawien eigentlich ein reiches Land. Laut OECD-Bericht von 1987 könnte es 80 Millionen Menschen ernähren. Es ist aber heute kaum in der Lage, die Versorgung seiner 22 Millionen Einwohner zu sichern und muß Getreide aus den USA und Kanada einführen. Der Teufelskreis von Verschuldung und Wirtschaftsverfall wird seit Anfang der 80er Jahre durch scharfe Auflagen des Internationalen Währungsfonds verschärft.

Serbisches Großmachtstreben

Seit dem Tod Titos 1980, der Präsident auf Lebenszeit war, gab es eine kollektive jugoslawische Staatsführung mit zwischen den Republiken rotierendem Vorsitz. Der zentrale jugoslawische Staatsapparat wird jedoch von der serbischen Elite kontrolliert, die nach wie vor überwiegend stalinistisch ist. In Serbien selbst bildet die 1990 umbenannte „Sozialistische“ Partei (früher KP) die Regierung mit dem Nationalisten Milosevic an der Spitze.

Das Streben der serbischen Bürokratie nach einem Großserbien, daß die serbischen Gebiete der anderen Teilrepubliken einschließen würde, ist ein Versuch, nationalistische Stimmungen zu schüren und so die eigene Position zu sichern.

Seit 1981 gab es massive Konflikte um das Streben der Albaner in der damals noch autonomen Provinz Kosovo nach Unabhängigkeit. Die Bundesarmee griff ein, um die Auseinandersetzungen zwischen Albanern und Serben zu beenden. 1988 und 1989 kam es zur erneuten Auflehnung der Kosovo-Albaner gegen die serbische Unterdrückungspolitik. Sie wurde blutig niedergeschlagen. Im Februar 1990 marschierte die Bundesarmee auf und im Juni wurde die Autonomie des Kosovo und der Provinz Vojvodina aufgehoben.



Slowenische Miliz beim Hissen der slowenischen Nationalflagge.

Im Frühjahr diesen Jahres nützte die Belgrader Zentralgewalt den Konflikt um die serbische Minderheit in Kroatien, um die Bundesarmee gegen kroatische Miliz einzusetzen.

Bürgerlicher Nationalismus

Auch die bürgerliche Opposition in Serbien wird zum größten Teil von serbisch-nationalistischen Ideen dominiert. Seit dem Beginn der marktwirtschaftlichen Reformpolitik in den 60ern kam es auch zum Wiederaufleben bürgerlich-nationalistischer Strömungen. 1990 kamen pro-kapitalistische Regierungen in Kroatien und Slowenien an die Macht. Sie schüren den Haß auf die „Großserben“ und versprechen wirtschaftliche Vorteile durch die Unabhängigkeit. Volksbefragungen ergaben Mehrheiten von über 90% für Souveränität.

Durch die Unabhängigkeit wird für Slowenien ein Fall des Bruttosozialprodukts um 15–20% erwartet. Die Arbeitslosigkeit wird sich von 10 auf 20% verdoppeln. 23% der Waren und Dienstleistungen gingen bisher in den innerjugoslawischen Markt (alle Zahlen aus Handelsblatt, 26.6.91). Zwar ist Slowenien in gewissem Sinne „Zahlmeister“ für die anderen Republiken, da es den relativ zur Bevölkerung größten Teil des Nationalprodukts erwirtschaftet, es ist aber allein wirtschaftlich nur schwer lebensfähig, da es auf dem kapitalistischen Weltmarkt kaum konkurrieren kann.

Auch für Kroatien sieht es schlecht aus. 70% aller Firmen sind bereits heute in den roten Zahlen. Die bürgerlich-nationalistischen Regierungen haben also auch nur eine Sackgasse für die slowenischen und kroatischen Ar-

beiter parat. Sie können sich dabei auf das Gefühl nationaler Unterdrückung und den Willen vor allem der Jugend stützen, sich gegen die Zentralgewalt zu verteidigen. Die kroatische Führung unter Tudjman hat selbst Gelüste nach einem „Groß-Kroatien“, das Teile von Bosnien-Herzegowina einschließen würde. Sie hat der serbischen Minderheit in Kroatien ihre Rechte vorenthalten und somit den Konflikt selbst mit angeheizt.

Es gibt eine Vermischung des Unabhängigkeitsstrebens mit der Einsicht in die wirtschaftlichen Notwendigkeiten. Dies wird aufgegriffen, indem Illusionen in die Zukunft Sloweniens als „neues Luxemburg“ innerhalb der EG geschürt werden. Die staatliche Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens würde jedoch eine verstärkte Abhängigkeit vor allem von Österreich, Italien und Deutschland bedeuten. Aber welche westlichen Kapitalisten werden Geld in einer potentiellen Bürgerkriegsregion investieren?

Kraftprobe mit der Armee

Die jugoslawische Militärbürokratie, die den Vormachtsanspruch Serbiens über Jugoslawien verteidigt und sich dabei auf die Tradition Titos und die Errungenschaften des „Sozialismus“ beruft, fürchtet schon länger um Einfluß und Privilegien. Sie versucht den Zerfall Jugoslawiens aufzuhalten, um ihre Stellung zu sichern.

Die Offiziere der „Jugoslawischen Volksarmee“ sind zu 70% Serben. Die JVA hatte in Reaktion auf die Unabhängigkeitserklärung Sloweniens und Kroatiens versucht, ihre Macht durch eine übermäßig harte Reaktion zu demonstrieren. Slowenien und Kroatien waren durchaus

verhandlungsbereit in Bezug auf die wirtschaftliche und militärische Frage – und allein das Ausweichen von Grenzschildern bedrohte noch nicht die Position der jugoslawischen Zentralgewalt. Es zeigte sich, daß die Bundesarmee zwar technisch überlegen war, jedoch der Kampfmoral und dem geschickten politischen Vorgehen der slowenischen Regierung nichts entgegenzusetzen hatte. Viele Soldaten sind während der Kämpfe desertiert, die Armee war nicht effektiv einsetzbar. Der Zerfall der Armee als gesamtjugoslawischer Machtfaktor begann Anfang der 80er Jahre und ist ein Ausdruck des Zerfalls des Vielvölkerstaates selbst.

Die Rolle des Westens

Der Zusammenbruch des Stalinismus hat die Kräfteverhältnisse zugunsten des Imperialismus grundlegend verändert. Dies zeigte sich im Golfkrieg und nun auch in Bezug auf den ehemaligen „Ostblock“. Die UdSSR hatte keinen Einfluß auf den Konflikt. Sie nahm aber wegen der eigenen Probleme mit den Unabhängigkeitsbestrebungen im Baltikum eine klar ablehnende Haltung zur Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens ein. Eine aktive Rolle dagegen spielten die westlichen imperialistischen Mächte, vor allem in der EG.

Die bürgerlich-nationalistischen Regierungen in Slowenien und Kroatien verfolgen eine Politik der schnellen kapitalistischen Restauration und der Öffnung zum Westen. Sie stützen sich dabei auf die in der Bevölkerung vorhandenen Illusionen in die Marktwirtschaft und eine Zukunft als Teil der EG. Der Westen könnte vom internationalen Kräfteverhältnis her ohne Schwierigkeiten die beiden Staaten aus Jugoslawien herauslösen und in die kapitalistische EG einbinden, um so die kapitalistische Restauration zu forcieren und sein Einflußgebiet zu vergrößern.

Offensichtlich steht aber das Streben nach Stabilität in Europa vor allen anderen Interessen. Die Imperialisten setzen weiterhin auf das Vorantreiben der kapitalistischen Restauration in Osteuropa, haben allerdings auch erkannt, daß der Prozeß nicht einfach und reibungslos, vor allem aber nicht ohne große Kosten für den Westen ablaufen wird. Sie scheuen die bei den Massen geweckten Hoffnungen in die Segnungen der Marktwirtschaft, die nicht erfüllt werden würden.

Dies war der Hauptgrund für die Stützung der Belgrader Zentralmacht und die ablehnende Haltung gegenüber den Unabhängigkeitserklärungen Sloweniens und Kroatiens. Dazu kommt die Furcht vor den Impulsen, die die Durchsetzung der Unabhängigkeit für die Kämpfe nationaler Minderheiten in der Sowjetunion, im Rest von Osteuropa (vor allem in der CSFR) und nicht zuletzt in Westeuropa (Basken in Spanien und Frankreich; Korsen in Frankreich; Nordirland) geben würde.

Ein weiterer wichtiger Grund ist, daß ein von der Zentralmacht geleitetes Jugoslawien ein verlässlicherer Schuldner ist als unabhängige Teilrepubliken.

Das Vorgehen der Belgrader Zentralgewalt beinhaltet Elemente stalinistischer Konterrevolution. Die Imperialisten befinden sich also in einem gewissen Dilemma. Aber auch hierbei geht Stabilität vor schneller Restauration des Kapitalismus. Außerdem verfolgen auch die serbischen Stalinisten einen Kurs marktwirtschaftlicher Re-

formen und würden die Tendenz Richtung Restauration nicht grundlegend umdrehen, wenn sie sich Jugoslawien unterwerfen würden.

Mit der demonstrativen Zusage des (inzwischen wieder gesperrten) 1,7 Milliarden-Kredits an die Zentralregierung gab die EG einen Tag vor der Unabhängigkeitserklärung quasi das Startsignal für die Armee. Berichten des „Spiegel“ Nr. 27/91 zufolge ermutigte US-Außenminister Baker in Geheimgesprächen den jugoslawischen Premierminister Markovic zu einem militärischen Schlag gegen die Teilrepubliken. Baker erklärte öffentlich, daß die USA „jeden Austritt aus dem Vielvölkerstaat nicht anerkennen werden“.

Letztlich überlassen die USA allerdings die Krise in Jugoslawien dem europäischen und vor allem dem deutschen Imperialismus als „Testfeld“.

Die Rolle Deutschlands

Deutschland strebt danach, selbst größeren Einfluß als vorherrschende imperialistische Macht in Europa zu bekommen. Es spielte eine Hauptrolle in der Politik der EG bezüglich der Krise. Die herrschende Klasse würde die Gelegenheit gern nützen, auch militärisch wieder als Großmacht dazustehen. Deshalb die Diskussionen über eine „UNO-Friedenstruppe“ mit deutscher Beteiligung oder den Aufbau einer „europäischen Eingreiftruppe“. Auch wenn das Hauptziel im Augenblick die Wahrung der Stabilität in Europa ist, strebt die herrschende Klasse eine Vormachtstellung auch in Osteuropa an, die dann auch militärisch abzusichern wäre.

Die Aufgabe von Marxisten in Deutschland besteht in der Warnung vor dem Großmachtstreben der deutschen Kapitalistenklasse unter dem Deckmantel der „Friedenssicherung“. Wir müssen uns gegen alle Pläne zum Einsatz der Bundeswehr im Rahmen europäischer oder UNO-Streitkräfte wenden und die Illusionen in Institutionen wie die KSZE oder die UNO bekämpfen. Durch das Eingreifen in Osteuropa würde ein Präzedenzfall geschaffen. Die Imperialisten wollen sich darauf vorbereiten, in Zukunft auch militärisch zu intervenieren, um Arbeiterkämpfe und Revolutionen zu „befrieden“. Dies würde zuerst in Osteuropa aktuell werden. Wenn die Armee erst einmal im Land ist, um Nationalitätenkonflikte zu schlichten, kann sie auch dazu genutzt werden, die Arbeiterklasse in Schach zu halten.

Die Ablehnung der Anerkennung der Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens durch den Westen war absolut zynisch – gerade vor dem Hintergrund der während des Golf-Krieges betriebenen Propaganda in Bezug auf Kuwait. Der Schwenk der Westmächte in Richtung auf Anerkennung der Lostrennung der beiden Teilrepubliken und die Vermittlungsversuche, die jetzt zum Brioni-Abkommen und zur Aussetzung der Unabhängigkeit Kroatiens und Sloweniens für drei Monate führten, erfolgten aus der Einsicht, daß der Zusammenhalt Jugoslawiens durch das starre Festhalten an der Belgrader Zentralgewalt keine sichere Perspektive mehr darstellte. Zu betonen ist, daß erst einmal in Ruhe zugesehen wurde, ob die jugoslawische Volksarmee sich nicht gegen die slowenischen Territorialtruppen durchsetzen kann. Als diese versagte, vollzog die EG den taktischen Schwenk und „ent-

deckte“ das Selbstbestimmungsrecht Sloweniens und Kroatiens.

Der Kurs, der jetzt gefahren wird, ist ein vorsichtiges Balancieren zwischen beiden Seiten. Ausdruck davon ist gerade der brüchige Brioni-Kompromiß, der die Probleme offenhält. Die Vorreiterrolle Deutschlands bei diesem Schwenk führte zu Rivalitäten vor allem mit Frankreich, das deshalb und wegen der nationalen Fragen im eigenen Land die größten Vorbehalte gegen den Kurswechsel hatte.

Krieg oder Kompromiß?

Die „erste Runde“ in diesem Konflikt haben Slowenien und Kroatien gewonnen, die Armee mußte zurückstecken und hat sich dem Staatspräsidenten Mesić zuerst einmal wieder untergeordnet. Mit dem Brioni-Abkommen konnte ein labiler Kompromiß und etwas Zeitaufschub erreicht werden. Allerdings bleibt völlig offen, ob dieses Abkommen hält und ein stabiler Waffenstillstand erreicht wird.

Die Führung Sloweniens hat trotz starker Bedenken in Bezug auf den wirtschaftlichen Knackpunkt des Konflikts, der Ablieferung von Geldern an die Zentralregierung in Belgrad, zugestimmt. Die kroatische Führung hält sich bedeckt. Für sie ist die Gefahr eines wirklich heißen Krieges mit Serbien um die Frage der Grenzziehung zu Serbien und den Konflikt mit der serbischen Minderheit, die sich an Serbien anschließen will, die größte Sorge. Sie ließ die Bundesarmee widerstandslos agieren und wartete das Ergebnis der Kämpfe ab. Gleichzeitig schwelt der Konflikt in den Siedlungsgebieten der serbischen Minderheit in Kroatien weiter. Es droht ein Krieg zwischen Serbien und Kroatien, der die Kämpfe in Slowenien weit in den Schatten stellen würde.

Die bürgerlich-nationalistischen Führer Kroatiens und Sloweniens haben zwar eine starke Position und können sich auf die Unterstützung der Bevölkerung stützen, gleichzeitig suchen sie jedoch auch nach dem für sie schmerzlosesten Weg, ihre Interessen durchzusetzen. Es ist möglich, daß zunächst die formale Unabhängigkeit erreicht wird und auf wirtschaftlichen Gebiet und in Bezug auf die militärische und Grenzhöhe Kompromisse mit der Zentralregierung geschlossen werden. Die radikaleren Teile der Unabhängigkeitsbewegung werden jedoch ein zu weites Zurückweichen vor den serbischen Drohungen nicht hinnehmen und sich gegen faule Kompromisse stellen. Die Armeeführung sieht zwar ihre eigene Schwäche, könnte aber trotzdem das Abenteuer eines Militärputsches und erneuten Losschlagens wagen.

Natürlich ist die Arbeiterklasse vom nationalistischen Gift infiziert und sind die Gräben in den letzten Wochen vertieft worden. Aber letztlich werden die „Butter-und-Brot“-Fragen in den Vordergrund treten. Der bürgerliche bzw. stalinistische Nationalismus kann in dieser Hinsicht nichts bieten.

Die Kampfmoral der serbischen Rekruten war sehr schlecht. Demonstrierende Eltern haben in Belgrad den Rückzug ihrer Söhne verlangt. Angeblich waren bei dieser Demonstration auch serbisch-nationalistische Parolen zu hören, aber 800 von ihnen sind nach Slowenien gefahren, sind dort nach Presseberichten freundlich von der slowenischen Bevölkerung empfangen worden und konnten

ihre Söhne zurückholen. Die Bevölkerung von Slowenien und Kroatien erhofft sich von der Unabhängigkeit vor allem wirtschaftliche Verbesserungen. Wenn diese Hoffnungen enttäuscht werden, wird auch die Unterstützung für die bürgerlich-nationalistischen Führer schwinden.

Entscheidend ist der Aufbau einer marxistischen Kraft in Jugoslawien, die der nationalistischen Sackgasse ein internationalistisches Programm der Arbeiterdemokratie und Arbeitereinheit entgegenstellt.

Das Programm der Marxisten

Wir verteidigen das Recht der Nationalitäten auf Selbstbestimmung bis hin zur staatlichen Lostrennung. Doch wirkliche Selbstbestimmung des Volkes kann nur erreicht werden, wenn die Arbeiter Wirtschaft und Gesellschaft selbst in die Hand nehmen. Ein „unabhängiges“, in Wirklichkeit vom Westen abhängiges Slowenien oder Kroatien bietet keine Zukunft für die arbeitenden Bevölkerung. Eine enge Zusammenarbeit mit den anderen jugoslawischen Republiken ist notwendig. Ein einheitlicher Wirtschaftsplan für Jugoslawien, der von den Bedürfnissen der Bevölkerung ausgeht und demokratisch aufgestellt und umgesetzt wird, kann eine Weiterentwicklung ermöglichen – nicht stalinistische Mißwirtschaft oder Privatisierung. Dazu ist der Sturz der herrschenden Eliten aller Schattierungen und der Aufbau echter Organe demokratischer Selbstverwaltung auf allen Ebenen von Wirtschaft und Gesellschaft nötig. Auf dieser Grundlage sind wirtschaftliche Fortschritte für die Bevölkerung, politische Freiheiten und nationale Selbstbestimmung für die Völker Jugoslawiens möglich.

Slowenische und kroatische Arbeiter könnten sich mit diesem Programm an die Soldaten der Bundesarmee wenden und an sie appellieren, sich nicht zum Handlanger der Belgrader Elite machen zu lassen. Viele Soldaten fühlen sich nicht wohl in ihrer Haut, nicht wenige sind schon desertiert oder haben sich gefangennehmen lassen. Auch den serbischen Arbeitern muß erklärt werden, daß sie von ihrer Regierung und serbischen Großmächtsprüchen nichts zu erwarten haben.

(16.7.91)



Die Präsidenten von Kroatien und Serbien: Tudjman (links) und Milosevic (rechts)

Australien

Der Tod der kommunistischen Partei

Dieser Artikel von Paul True erschien in der April-Ausgabe der MILITANT, Zeitung der Marxisten in der australischen Labor Party. Übersetzt wurde er von Barbara Kirschbaum, Köln.

Die Kommunistische Partei ist tot. Zu guter Letzt wurde der Stecker aus der lebenserhaltenden Maschine gezogen und dem entsetzlich kranken Patienten erlaubt, dahinzuscheiden. Am Ende war die KP so unwichtig geworden, daß die überwältigende Mehrheit der Arbeiter, und noch mehr der jungen Leute, ihre Existenz nicht einmal mehr bemerkten.

Dennoch hatte es eine Zeit gegeben, und das ist noch gar nicht so lange her, da wurde die KP als die größte Bedrohung der „australischen Gesellschaft“ dargestellt. Ein endloser Strom von Flugblättern, Broschüren, Büchern, Zeitungsausgaben und Artikeln, Radio- und später Fernseh-Kommentaren beschworen eine Weltuntergangsvision herauf, daß die „Kommos“ nur noch einige Schritte von der Machtübernahme entfernt seien. Der liberale Premierminister Menzies versuchte sogar, die Partei durch eine Volksabstimmung verbieten zu lassen.

Und sie waren auch wirklich stark. In den späten 1960ern gab es allein im Gebiet von Sydney 113 Ortsgruppen der Partei. In Queensland stellten die Kommunisten ein Parlamentsmitglied. Zeitweise kontrollierten sie 40% der in der ACTU zusammengeschlossenen Gewerkschaften, und ihr Einfluß konzentrierte sich auch bei den „schweren Bataillionen“ der Gewerkschaften – Bergarbeiter, Hafenarbeiter, Seeleute, Metallarbeiter, Bauarbeiter usw. Sie waren nicht nur auf der Führungsebene der Gewerkschaften aktiv, sondern es gab auch ein weitverzweigtes Netzwerk an der Basis. Allein in den Eisenbahnbetrieben in Chullora gab es fünf Betriebsgruppen der Partei.

Kurz vor ihrem Tod jedoch war die Partei auf eine armselige Ansammlung ex-studentischer „radikaler“ Klugscheißer zusammengeschmolzen, die sich mit schwindelerregendem Tempo nach rechts bewegten, eine ganze Reihe von ihnen „Feministen“ der Mittelklasse, die behaupteten, nicht die Existenz von Klassen sei der Grund der meisten Probleme der Welt, sondern an allem seien grundsätzlich die Männer schuld!

Die breite Basis der Partei innerhalb der Gewerkschaften war auf einige wenige Positionen in der Gewerkschaftsbürokratie zusammengeschmolzen – die breite Mitgliedschaft der normalen Arbeiter war völlig verschwunden.

Was war geschehen?

Die Kommunistische Partei (CPA) wurde zuerst 1920 von 26 Leuten in Sydney gegründet. Die Gründung fand unter dem Einfluß der bolschewistischen Revolution 1917 in Rußland statt, die die Aktivisten der Arbeiterklasse auf der ganzen Welt inspirierte. Jedoch erst einige Jahrzehnte

später, mit Beginn der großen Depression, konnten die Kommunisten wirklich große Gewinne machen. Dies gelang ihnen durch ihre Arbeit in den Gewerkschaften, wo 1930 die ersten KP-Betriebsgruppen gegründet wurden und bei der sehr schnell ansteigenden Zahl der Arbeitslosen. Die Folge: ein vierfacher Anstieg ihrer Mitgliedszahlen im Jahr 1930. Betrachtet man allerdings die Politik in dieser Periode, so war sie die wohl verrückteste in der Geschichte der Partei. Weil sich die Revolution nicht international ausbreitete, war die Sowjetunion isoliert und es begann eine Periode der Reaktion, personalisiert durch Stalin. All die anderen bolschewistischen Führer waren beseitigt worden. Es ist entscheidend, zu verstehen, daß die Politik der KPA (wie aller KP's auf der ganzen Welt) jahrzehntelang von der Sowjetunion bestimmt wurde. Wie der letzte Sprecher der Partei, Denis Freney, sagte: „Die KPA übernahm auf Punkt und Komma alles, was aus Moskau kam.“

Die Partei war stalinistisch geworden. Bei Beginn der Depression erklärte Stalin, daß jede Partei außer der Kommunistischen im Prinzip faschistisch sei! Das betraf besonders die großen sozialdemokratischen Parteien, die überall auf der Welt existierten. Stalin ordnete an, sie seien noch gefährlicher als die kapitalistischen Parteien, denn die Arbeiter hätten Illusionen in sie. Stalins Instruktionen folgend erklärten die örtlichen Kommunisten, die australische Labor Party sei eine sozialfaschistische (sozialistisch in Reden, faschistisch in ihren Taten) Organisation. So isolierten sie sich völlig von der Massenbewegung, die sich um die Weigerung des Labor-Premierministers Jack Lang entwickelte, die Staatsschulden an die britischen Banken zu zahlen – der größte Kampf der 30er Jahre.

1932 war ungefähr einer von drei Australiern arbeitslos. KP-Führer Lance Sharkey schrieb: „Die Partei begann, die Arbeitslosen in der UWM (Unemployed Workers' Movement) zu organisieren.“ Die Kampagne der Arbeitslosen richtete sich auf eine Erhöhung von Arbeitslosengeld, Mietzuschuß, tariflich bezahlten ABM-Maßnahmen und gegen Zwangsräumungen usw. „In jeder Großstadt und jeder großen Industriestadt gab es Arbeitslosentreffen und Demonstrationen. Lang war jetzt in Nord-Südwhales im Amt, und, neben der Labor-Bundesregierung gab es derweilen Labor-Verwaltungen in Victoria, Süd-Australien und Tasmanien. Diese Labor-Regierungen starteten ein Schreckensregime gegen die Arbeitslosen. Demonstrationen der Arbeitslosen wurden überall zusammengeschlagen, und Kämpfer gegen die Zwangsräumungen, die sich in den Häusern bedrohter Arbeiter verbarrikadiert hatten, wurden gewaltsam durch die Schlagstöcke der Polizei herausgeholt – und manchmal

mit gezogenen Revolvern... Während der Regierungszeit Langs waren mehr Arbeiter aus politischen Gründen inhaftiert als je zuvor in Nord-Südwhales."

Aber nur zwei Seiten später schreibt Sharkey weiter: „Langs wortreicher Protest gegen die Pläne des Premiers sicherte ihm die Gefolgschaft breiter Massen, trotz seiner Brutalität gegen die Arbeitslosen und seines offen streikbrecherischen Verhaltens. Die zahlenmäßig größte Demonstration, die Sydney je gesehen hatte, fand unter der Parole ‚Lang hat recht‘ statt.“

Die KP hatte großartige Möglichkeiten, in den Kampf einzugreifen, Langs Demagogie und seinen Reformismus offenzulegen und so die Unterstützung der Massen zu gewinnen. Aber wegen ihrer absurden „sozialfaschistischen“ Linie ging diese Gelegenheit ungenutzt vorüber. Eine Reihe von Ex-Parteimitgliedern stellten dar, daß die einzelnen Parteimitglieder „in ihrer Propagandarbeit bei den Massen überheblich und beleidigend auftraten“ – wegen der „sozialfaschistischen“ Linie, die ihnen eingemipft worden war.

In vielem sind die modernen Sektierer kaum mehr als eine Niederlassung der wahnsinnigsten Periode der Geschichte des Stalinismus, sowohl in der Politik als auch in den Methoden. Allerdings hatte die KPA in den 30ern – anders als die modernen Sektierer – eine feste Basis in der Arbeiterklasse, und ihre Verwurzelung ging weiter. Trotz ihrer Fehler kämpften die Kommunisten für die Arbeiter unter den verzweifeltsten Bedingungen der Depression, während die australische Labor Party nichts tat und die Trotzlisten zu klein waren, um irgendwelche Wirkungen zu erzielen. Ein weiterer Faktor in dieser Situation war die Sowjetunion, denn, trotz der stalinistischen Führung, gab es das Gefühl, daß „dort die Leute wenigstens was zu essen haben“, während sie in Australien hungerten.

Durch ihren Mut bei den Zwangsräumungen und in ihrem Kampf um ihr Rederecht erwarben sich die Mitglieder der KPA die Achtung der einfachen Leute. Sharkey erinnert sich: „Unzählige Male mußte die Partei ihr Recht, auf öffentlichen Plätzen zu sprechen, verteidigen. Dutzende von Mitgliedern kamen in den verschiedenen Kämpfen um die Redefreiheit hinter Gitter oder mußten Geldstrafen zahlen. 1935 wurden über 100 allein in Sidney vor Gericht gestellt, weil sie Literatur verkauften oder Geld sammelten.“

Aber genauso wichtig wie die Arbeit unter den Arbeitslosen war die in den Gewerkschaften, wenn nicht sogar wichtiger. Gegen Ende der 20er Jahre, mit dem Herannahen der Depression, erlitten die Gewerkschaften eine Reihe schwerer Niederlagen – besonders die Hafentarbeiter, die Arbeiter der Zinnminen und die Bergarbeiter. Mit jeder Niederlage wurden Führer der Gewerkschaften zögerlicher, irgend eine Art von Gegenwehr anzuleiten.

Auf Geheiß der herrschenden Klasse wurde 1931 der Arbeiterklasse durch die Schiedskommission eine zehnprozentige Lohnsenkung aufs Auge gedrückt. Dennoch unternahmen die Gewerkschaftsführer nichts, und in dieser Situation hatte die mächtige Präsenz der KPA in den Gewerkschaften ihren Ursprung. Innerhalb der Gewerkschaften wurden oppositionelle Basisgruppen gebildet, so zum Beispiel die Schirmorganisation, die unter dem Namen Minority Movement (Minderheitenbewegung) bekannt wurde. In der zweiten Hälfte der 30er Jahre begann

sich – mit der Erholung der Wirtschaft von der Depression – die Grundlage, die die Kommunisten aufgebaut hatten, in Siege bei den Gewerkschaftswahlen umzuwandeln, angefangen bei der Bergarbeitergewerkschaft.

In dieser Zeit bestand eine Hauptforderung der Gewerkschaft in der Wiederherstellung von Reallöhnen auf dem Niveau vor der Depression. Und vielleicht macht nichts den späteren politischen Verfall der KP Zeit deutlicher, als ihre Haltung zu der grundlegenden Frage des Arbeitslohnes. 50 Jahre später half ein führendes Mitglied der KP, Laurie Carmichael, beim Entwurf für den Einigungsvertrag mit der Regierung Hawke in den frühen 80ern. Und genau dieser Vertrag, der durchgehend von der KP unterstützt wurde, führte zur größten Reallohnsenkung seit den 30ern!

Die Politik der 30er verhalf der Partei zu ständig wachsender Stärke. Die Politik der 80er verhalf der Partei dazu, vom Angesicht der Erde zu verschwinden!

Sharkey schrieb: „Die Partei wuchs in der Zeit 1935–40 ständig, wenn auch nicht so schnell wie während der

The image shows the front page of the 'Tribune' newspaper, dated Monday, March 9, 1953. The main headline reads 'STALIN'S NAME IS IMMORTAL'. To the right of the headline is a portrait of Joseph Stalin with the caption 'BELOVED LEADER, FRIEND'. Below the headline, there are several columns of text, including sub-headlines like 'On guard against danger of blitz!' and 'Personal loss'. The top of the page features the newspaper's masthead 'TRIBUNE' and a 'SPECIAL STALIN MEMORIAL EDITION' label.

KP-Zeitung „Tribune“ zu Stalins Tod 1953: „Stalins Name ist unsterblich.“

Jahre der Depression ... (sie) wuchs sehr schnell in Victoria, wo sie in den ersten zehn Jahren schwach gewesen war, und auch in Queensland ...“

1943, so stellt Sharkey fest, „gibt es verschiedene Betriebsgruppen mit einer Mitgliedschaft von über 100 und weitere nahe der 100-Marke, und ein weitverzweigtes Netzwerk solcher Gruppen existiert jetzt überall in den Industriestädten“. Bis zu dieser Zeit waren die neuen Mitglieder in ihrer großen Mehrzahl Arbeiter gewesen, aber von diesem Zeitpunkt an traten in wachsender Anzahl Angehörige der Mittelklasse bei. Um diese Entwicklung erklären zu können, muß man wieder die internationale Lage in Betracht ziehen.

Weil Stalin Mitte der 30er Jahre eine Allianz mit der „liberalen Bourgeoisie“ eingegangen war, taten alle KPs auf der Welt, auch die australische, dasselbe. Es war die Ära der Volksfronten. Die Vorstellung war: die KP soll sich mit allen gesellschaftlichen Kräften, einschließlich den „demokratischen“ bürgerlichen Parteien vereinigen, um

THE —Don't Work 18 Hours!
COMMUNIST
THE ORGAN OF THE COMMUNIST PARTY OF AUSTRALIA



KP-Zeitung
 Anfang der
 20er, als
 Trotzki (rechts
 oben) noch
 kein „Un-
 mensch“ war.

den Faschismus zu isolieren und zu schlagen. Um dies zu können, mußte die Partei natürlich ihr politisches Programm verwässern, um die Mittelklasse nicht „abzuschrecken“. (Die grundlegende theoretische Position der Partei blieb, mal abgesehen von einigen Links-Schwenks in den späteren 40ern und 70ern, von dieser Zeit bis zu ihrem Hinscheiden dieselbe.)

Die Kommunisten wurden während des Krieges tatsächlich so „akzeptabel“, daß im Mai 1945 Stalin das Titelbild von „Women's Weekly“ (eine bürgerliche Zeitschrift für Hausfrauen) zierte! Bezüglich ihrer Mitgliederzahlen erreichten die KP während der Kriegsjahre mit 23.000 Mitgliedern ihren Höhepunkt. Während des industriellen Aufschwungs, der dem Krieg folgte, verschwanden all jene, die auf der Grundlage der Klassenkollaboration (Zusammenarbeit von Unternehmern und Arbeitern) gewonnen worden waren, genauso schnell wieder. 1947 zählte die KPA noch 12.000 Mitglieder, aber ihre Position an der Basis der Gewerkschaften war genauso stark wie sie es vorher gewesen war.

Die Gewerkschaften erzielten einen Sieg nach dem anderen, meist mit Kommunisten in führenden Positionen. Der Wendepunkt kam 1949 mit dem Bergarbeiterstreik. Die Labor-Regierung unter Chifley entsandte – in einer der abscheulichsten Aktionen, die je in der Arbeiterbewegung stattgefunden haben – Truppen in die Bergwerke, um dort zu arbeiten, und der Streik wurde so niedergeschlagen.

Ab dann befand sich die KPA geschlossen auf dem Rückzug. Mitte der 50er Jahre führten die ungarischen Arbeiter eine Revolution gegen die stalinistische Bürokratie. Die Bewegung wurde von sowjetischen Panzern zerschlagen. Ungefähr zur gleichen Zeit legte der sowjetische Staatschef Chruschtschow einige der Greuelthaten offen, die unter dem vorherigen Herrscher Stalin stattgefunden hatten (worauf die Trotzkiisten schon seit 20 Jahren hingewiesen hatten). Die australischen Kommunisten waren geschockt. Die Parteimitgliedschaft fiel von 8000 auf weniger als 6000.

Dann, in den frühen 60er Jahren, spaltete sich die KPA erneut, als die pro-chinesischen Elemente, die hauptsächlich in Victoria ansässig waren, die Partei verließen.

Die beiden vielleicht prominentesten Anhänger dieser Fraktion waren Clarrie O'Shea, Führer der Straßenbahnfahrer-Gewerkschaft und Norm Gallagher von der Bauarbeiter-Vereinigung (BLF).

Der Neu-South-Wales-Zweig der BLF stellte in den späten 60ern einen Lichtblick für die KPA dar, wegen ihrer Kampagne gegen die Bebauung von Grünflächen. Aber das war ein Einzelfall, der gegen die allgemeine Entwicklungsrichtung lief. Im Gefolge der Invasion in die CSSR spaltete sich ein orthodoxer moskautreuer Flügel von der Partei. Die KPA befand sich jetzt in der Endkrise. Der Anziehungspol, den die Sowjetunion in den 30er Jahren dargestellt hatte, hatte sich wegen der stalinistischen Deformation in ihr Gegenteil verkehrt.

Auch der Klassencharakter der Partei änderte sich; ihr Erscheinungsbild wurde mehr und mehr von der Mittelklasse bestimmt, was sich zunehmend in der Politik der Partei widerspiegelte.

Den Todesstoß jedoch versetzten ihr die Ereignisse von 1989/90 in Osteuropa. Die letzten Überbleibsel der KPA haben sich einer handvoll anderer Individualisten angeschlossen in einer Gruppe namens „Neue Linke Partei“. Wie wir schon vorhergesagt haben, ist die Neue Linke Partei eine totgeborene Organisation und wird es auch bleiben – die Geister der Vergangenheit sind einfach von einem Haus in ein anderes gezogen. Das heißt nicht, daß sie keinen Einfluß in der Arbeiterbewegung hätten. Sie haben eine Reihe höherer Gewerkschaftspositionen inne; dennoch sind ihre politischen Ideen jetzt nicht mehr zu unterscheiden von denen der schwammigen Ideen der weichen Leute in der australischen Labor Party. Tatsächlich waren der Verfall und dann Zusammenbruch der KP im Gegenzug teilweise verantwortlich für den politischen Zusammenbruch des linken Flügels der Labor Party. Obwohl sie es nie zugeben würden, haben sich doch die Linken in der LP immer nach der KPA gerichtet – als eine Art ideologischer Bezugspunkt. Mit dem Verlust dieser Größe trudeln sie nun in der Luft wie politische Ballonfahrer, von wechselnden Winden mal hierhin, mal dorthin geblasen. Aber es wäre völlig falsch, bei der Betrachtung der KP die andere Seite der Medaille nicht anzuerkennen – die unzähligen Kämpfe um höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und allgemeine Verbesserung der Lebensumstände der Arbeiter, die von den Kommunisten angeführt wurden.

Ohne Frage hat die KP über mehrere Generationen die Besten der australischen Arbeiter in ihren Reihen organisiert. Verstreut in jeder Industriestadt der Nation findet man Menschen, die jahrelang Kämpfe und persönliche Opfer dem gewidmet haben, was sie wirklich als die Errichtung einer besseren Gesellschaft verstanden – dem Kampf für Sozialismus.

Dieser Kampf setzt sich bis heute fort. Die Rezession, die Arbeitslosigkeit, die Armut, die niedrigen Löhne – all diese Schrecken formen eine neue Generation von Arbeitern, die wirkliche sozialistische Ideen als eine Lösung ihrer Probleme betrachten werden. Wenn wir die Lehren aus der Vergangenheit ziehen, können wir in den 90er Jahren eine Kraft für den Sozialismus aufbauen und darüber hinaus das erreichen, was die KPA zu erreichen versäumte: den Aufbau eines sozialistischen Australiens.

Dokumentation:

Vom Plan der CGT zur Eroberung der Macht

von Leo Trotzki

Übersetzt von Arnd Kranefeld, Aachen

Wir veröffentlichen hier den Text einer Rede auf dem nationalen konföderierten Komitee (CCN) des französischen Gewerkschaftsdachverbandes, CGT, gehalten am 18./19. März 1935 von Alexis Bardin, einem Delegierten der Gewerkschaften des Departements Isere. In Wirklichkeit wurde die ganze Rede von Leo Trotzki geschrieben, der sich zu dem Zeitpunkt als politisch Asylsuchender in Frankreich aufhielt.

In den 30er Jahren wurde Frankreich von einer tiefgreifenden wirtschaftlichen und politischen Krise erfaßt. Seit dem Sieg im ersten Weltkrieg war Frankreich mit Hilfe von Reparationszahlungen aus Deutschland und der Beute aus den Kolonien das reichste und deshalb auch das stabilste Land Europas. Dennoch konnte auch Frankreich der Weltwirtschaftskrise ab 1929 nicht entkommen. Die Depression hatte verheerende Folgen: ganze Branchen wurden stillgelegt; Massenentlassungen führten zu Dauerarbeitslosigkeit; unter dem Druck der Banken und der Monopole wurden kleine Firmen in die Pleite getrieben und Selbständige ihrer Existenz beraubt; unzählige Bauern wurden durch den Preisverfall und Rückforderungen der Banken ruiniert, ihre kleinen Landbesitze bedroht. Finanzskandale um Bankiers, Spekulanten und ihre loyalen Vertretern in der Regierung erschütterten den Staat.

Die politische Krise wirkte sich als Erstes auf die politische Mitte aus. In der Polarisierung der Gesellschaft schmolz die Basis der sogenannten Radikalen hin. Diese größte bürgerliche Partei stellte sich gern als Vertreter der Kleinbürger und Bauern dar, entpuppte sich jedoch im Amt als korruptierter Agent des Großkapitals, das den kleinen Mann ruiniert hatte.

Nach dem Beispiel der faschistischen Machteroberung in Deutschland 1933 wurden die demokratischen Rechte der Arbeiter und gar die Existenz der Arbeiterbewegung in ganz Europa bedroht und im Februar 1934 fühlten sich die französischen Faschisten zum Putsch ermutigt. Dieser war zwar verfrüht, verjagte dennoch die radikale Regierung und ebnete den Weg für eine Reihe reaktionärer Regierungen, die zunehmend ihre Angriffe auf den Lebensstandard der Arbeiter durch staatliche Verordnungen durchpeitschten – also wie die bonapartistischen Regimes in Deutschland, die den Weg für Hitler vorbereiteten.

Ab Juli 1935 gestand sich die Regierung Sondervollmachten zu, um harte Sparmaßnahmen durchzuführen. Gleichzeitig wurde der Wehrdienst von einem auf zwei Jahre verlängert und ein Rüstungsprogramm eingeführt.

Der französische Imperialismus bereitete einen neuen Weltkrieg vor.

All das führte zu einer Radikalisierung der Arbeiterklasse, die sich in einem explosiven Wachstum und einer Gärung in den traditionellen Organisationen der Klasse ausdrückte. Zwischen Februar 1934 und Ende 1936 wuchsen Sozialistische und Kommunistische Partei von 100.000 beziehungsweise 30.000 auf je 200.000 Mitglieder. Es war eine vorrevolutionäre Situation, die sich später zu einer revolutionären Situation entwickelte. Dies drückte sich u.a. auch in den Wahlen mit dem Sieg der Volksfront sowie in einem Generalstreik und einer Welle von Betriebsbesetzungen aus.

Doch die Krise des Kapitalismus wurde zur Krise der reformistischen Führungen der Gewerkschaften, der SP und der KP, denn auf der einen Seite mußten sie eigentlich die Interessen der Arbeiter vertreten und eine Lösung ihrer Probleme finden, doch auf der anderen Seite waren sie nicht bereit, mit dem Kapitalismus zu brechen, der diese Probleme verursachte. Die Arbeiter verlangten klare Antworten, eine Alternative, einen Ausweg aus der Misere. Unter wachsendem Druck der Arbeiter und Arbeitslosen wurde es für die Führungen zunehmend schwieriger, den Interessensgegensatz zwischen ihren Mitgliedern und dem Kapital zu verdecken.

Die Antwort von Jouhaux, dem Generalsekretär des linken Gewerkschaftsdachverbandes CGT, war ein „Plan“ für die französische Wirtschaft, nach dem Muster des Plans der belgischen Arbeiterpartei von Hendrick de Man. Was Trotzki davon hielt, schrieb er unverblümt in sein Tagebuch am 10. März 1935: „Habe die Unterlagen des ‚Wirtschaftsplans‘ der CGT genau geprüft. Welche Gedankenarmut unter dem Deckmantel bürokratischer Phrasendrescherei! Und was für eine erniedrigende Feigheit dabei gegenüber den Arbeitgebern! Nicht an die Arbeiter wenden sich diese Reformatoren, um den Plan zu verwirklichen, sondern an die Arbeitgeber, um sie zu überzeugen, daß der Plan in seinem Wesen konservativ sei.“ Am 28. März (aus: „Nochmal, wohin geht Frankreich?“) erklärte er weiter: „Jouhaux hat die Idee des Plans von de Man übernommen. Beide haben genau das gleiche Ziel: Den endgültigen Zusammenbruch des Reformismus zu verhüllen und dem Proletariat neue Hoffnung zu machen, in der Absicht, es von der Revolution abzuhalten. Weder de Man noch Jouhaux sind Erfinder ihrer ‚Pläne‘. Sie nahmen nur Grundforderungen aus dem marxistischen Programm für die Übergangsperiode – die Nationalisierung der Banken und Schlüsselindustrien – warfen den Klassenkampf über Bord, und ersetzten die revolu-

tionäre Enteignung der Enteigner durch die Finanztransaktion des Aufkaufens.“

Es reichte aber nicht, den fehlerhaften Plan einfach abzulehnen und die Führung zu denunzieren, wie manche Mitarbeiter Trotzki meinten. Man muß an dem Kampf der Partei oder der Gewerkschaft aktiv teilnehmen, das Positive aufgreifen, die Lücken aufzeigen und das Programm ergänzen. Am 2. März schrieb Trotzki an seine Mitarbeiter: „Worin besteht der Betrug des Plans? In der Tatsache, daß die Führung der belgischen Arbeiterpartei, einschließlich de Man, die Massen nicht in den Kampf führen will, und ohne einen Kampf ist selbst dieser unzureichende Plan überhaupt nicht zu verwirklichen. Wenn wir den Massen erklären, daß ein Kampf bis zum Ende nötig ist, um diesen unvollkommenen Plan durchzuführen, dann decken wir den Betrug nicht; im Gegenteil, helfen wir den Massen, durch ihre eigene Erfahrung ihn aufzuzeigen.“ ... „Die Forderung nach der Machtübernahme der Arbeiterpartei, um ihren eigenen Plan zu verwirklichen, ist die revolutionäre Aufgabe.“

Wegen der kapitalistischen Krise war der „praktische“ Plan dieser „Realpolitiker“ eine Utopie. Deshalb mußte man den zugespitzten Widerspruch zwischen den Ansprüchen der Arbeiter und den begrenzten Möglichkeiten des Systems aufzeigen und die notwendigen Schlußfolgerungen daraus ziehen: „Aber falls der kapitalistische Niedergang sich fortsetzt? Dann kann der Plan – der das Ziel hat, die Arbeiter von ‚üblen Gedanken‘ abzuhalten – ein Banner der revolutionären Bewegung werden.“ (aus: „Nochmal, wohin geht Frankreich?“)

Jouhaux selbst zog eine ganz andere Schlußfolgerung aus dem Widerspruch: Wenn die Durchführung des Plans innerhalb des kapitalistischen Systems nicht möglich ist, dann vergeßt halt den Plan! Und so wurde der Plan, den die CGT im Oktober 1934 als große Hoffnung den Arbeitern, Arbeitslosen und Bauern präsentierte, im März 1935 einfach fallen gelassen. Solch eine zynische Tat wäre ohne Rückendeckung von den Führungen der SP und KP unmöglich gewesen. Im Januar 1935 hatte die SP der KP einen gemeinsamen Kampf angeboten, dessen Programm die Verstaatlichung der Banken und Schwerindustrie forderte. Der Druck der Basis war so groß, daß die sozialistische Führung „die Notwendigkeit der Zerschlagung der Machtapparate der Bourgeoisie und der Errichtung eines Bauern- und Arbeiterstaates an ihrer Stelle“ anerkannte. Doch Stalin war nicht an Sozialismus im Westen interessiert, sondern an einem Militärbündnis mit dem französischen, gegen den deutschen Imperialismus. Der KP wurde befohlen, alle Vorschläge der SP über Verstaatlichung abzulehnen. „Die Reformisten der SP konnten aufatmen – die Gefahr war vorüber. Jouhaux eilte, um die Frage der Propaganda für den Plan von der Tagesordnung zu streichen. Das Proletariat bleibt mitten in einer großen sozialen Krise ohne jegliches Programm.“ (Trotzki, *ibid*) Noch schlimmer: als die SP und die KP die Volksfront mit der bürgerlichen Mitte bildeten, übernahmen sie im Effekt das Programm der ... Radikalen!

Der folgende Wortbeitrag ist ein Vorbild, wie ein Sozialist in einer Debatte in der Arbeiterbewegung Klarheit schafft. Gegen die absichtlich schwammigen Formu-

lierungen und Ausweichungen der CGT-Führung wird eine klare Alternative zur Wirtschaftskrise durch Arbeiterkontrolle, demokratische Planung und Sozialismus angeboten. Aber dabei gibt es keine Spur sektiererischen Verhaltens. Der Beitrag versucht gar nicht besserwisserisch zu „entlarven“, so wie viele Sektierer arrogant auftreten, sondern erreicht Klarheit viel effektiver durch nüchterne Fakten, Daten, konkrete Beispiele und überzeugende Argumente. Aus der Logik der Argumentation folgen natürlich die Ergänzungen und Verbesserungsvorschläge. Trotz des Ausmaßes der politischen Krise und der Dringlichkeit der Mobilisierung der Arbeiterklasse sind die revolutionären Ideen hier nüchtern und mit Bescheidenheit ausgedrückt. Oder vielleicht gerade wegen dem Ernst der Lage, denn Sozialisten, die Vertrauen in ihre Ideen haben, haben Demagogie und Geschrei nicht nötig. Also: Hart in der Sache, verbindlich im Ton.

(Rede gehalten am 18./19. März 1935)

Genossen,

die CGT hat sich die „Intensivierung der Propaganda“ zur Unterstützung des Plans zum Ziel gesetzt. Dazu können wir uns selbst nur gratulieren. Der beste Plan ist nur ein Haufen Papier, wenn er nicht die kampfbereiten Massen hinter sich hat. Es ist schade, daß in dem Jahr seit der Annahme des Plans so wenig geschehen ist, um ihn den Massen vorzustellen und ihre Unterstützung zu gewinnen.

Die Kommentare „für die Propagandisten“, die wir vor einigen Monaten von der CGT erhielten, betonen die Notwendigkeit einer „lebhaften mündlichen Propaganda, die auch bis in die kleinen, ländlichen Zentren getragen werden muß“. Ich bin sicher, daß die regionalen Gewerkschaften genug Kader als loyale Propagandisten mobilisieren könnten. Aber um ihren Einsatz wirklich lebhaft und vor allem effektiv zu gestalten, müssen die Gewerkschaften selbst eine klare Position in dieser Frage beziehen.

Allerdings muß ich einräumen, daß die Diskussionen über den Plan, selbst in ziemlich kleinen Kreisen, eine gewisse Verwirrung offenbaren. Vielleicht sind wir, die wir aus den Provinzen kommen, nicht ausreichend informiert. In diesem Fall muß die Zentrale uns helfen. Ich selbst möchte diese Sitzung der CCN benutzen, um einige Fragen zu stellen, einige Zweifel auszudrücken, auf einige Schwächen hinzuweisen und einige ergänzende Klarstellungen zu fordern.

In den verschiedenen Texten der CGT lesen wir oft, daß der Punkt, um den es geht, eine Erneuerung der Volkswirtschaft ist; manchmal wird dem die „wirtschaftliche und soziale Reorganisation“ entgegengestellt, manchmal wird sie aber auch damit gleichgestellt.

Genossen, es ist sehr schwer, den Arbeitern oder Bauern zu sagen, „wir wollen die Volkswirtschaft erneuern“, wo zur Zeit jeder diese Redewendung benutzt: die Patriotische Jugend, die Volksdemokraten, die Bauernfront¹, manchmal sogar die Radikalen, aber vor allem Herr Flandin² – sie alle erklären und versprechen die Erneuerung und sogar die Reorganisation der Volkswirtschaft.

Unser Plan muß sich von denen des Klassenfeindes durch eine genaue Definition seines Zieles unterscheiden. All die Erneuerungen und Reorganisationen, die ich gerade angesprochen habe, versuchen auf der Grundlage des Kapitalismus zu bleiben, d.h., sie versuchen das Privateigentum an den Produktionsmitteln zu sichern. Und der Plan der CGT? Versucht er, die kapitalistische Wirtschaft zu erneuern oder diese Wirtschaftsform durch eine andere zu ersetzen? Ich gebe zu, daß ich auf diese Frage keine genaue Antwort gefunden habe. Manchmal lesen wir, im gleichen Text, daß es nicht um eine Umwandlung des bestehenden Systems geht, sondern nur um Notmaßnahmen zur Abmilderung der Krise. Dann finden wir aber auch die Aussage, daß die Notmaßnahmen den Weg für grundlegende Veränderungen freimachen müssen.

Vielleicht ist das alles richtig so, aber wir finden nirgendwo die exakte Definition des Systems, das wir erreichen wollen. Von welcher Art sollten die sogenannten grundlegenden Veränderungen sein? Geht es nur – ich rede mal hypothetisch – darum, einen Teil des Privatkapitalismus in staatlichen Kapitalismus zu verwandeln? Oder wollen wir das ganze kapitalistische System durch ein anderes soziales Regime ersetzen? Was also? Was ist unser Endziel? Es ist erstaunlich, Genossen, aber all die Thesen und sogar die „Kommentare für die Propagandisten“ sagen absolut nichts darüber aus. Wollen wir den Kapitalismus durch den Sozialismus ablösen, durch den Kommunismus oder durch die Anarchie à la Proudhon? Oder wollen wir einfach nur den Kapitalismus durch Reformen und Modernisierung verjüngen? Selbst wenn ich nur ein oder zwei Stationen weit fahren will, muß ich wissen, wohin der Zug geht. Auch für Notmaßnahmen brauchen wir eine allgemeine Richtung. Was ist das soziale Ideal der CGT? Ist es der Sozialismus? Ja oder nein? Das müssen wir schon wissen – andernfalls bleiben wir als Propagandisten den Massen gegenüber völlig unbewaffnet.

Die Schwierigkeiten werden noch dadurch verstärkt, daß wir die Doktrin der CGT und ihr Programm nur teilweise kennen, und die „Kommentare für die Propagandisten“ uns auch keine Literatur nennen, die uns klüger machen könnte. Die einzige theoretische Autorität, die in den Thesen der CGT erwähnt wird ist Proudhon, der Theoretiker des Anarchismus. Er ist es, der gesagt hat, daß die Arbeitsstätte die Regierung ersetzen muß. Streben wir die Anarchie an? Wollen wir die kapitalistische Anarchie durch reine Anarchie ersetzen? Anscheinend nicht, denn der Plan enthält die Nationalisierung der Schlüsselindustrien. Nationalisierung heißt praktisch Verstaatlichung. Wenn wir also den Staat bei der Zentralisierung und Lenkung der Wirtschaft wollen, wie können wir dann mit Proudhon kommen, der vom Staat nur eines wollte: daß er ihn in Ruhe läßt! Und wirklich, die moderne Industrie, die Trusts, Kartelle, Konsortien, Banken, all das überschreitet völlig die proudhonistische Vision vom gerechten Austausch zwischen unabhängigen Produzenten. Warum also auf Proudhon zurückkommen? Das kann die Verwirrung nur vergrößern.

Dem heutigen kapitalistischen System, das lange Zeit überdauert hat, können wir nur den Sozialismus entgegenstellen. Ich denke, daß ich den Wunsch vieler Kämpfer ausspreche, wenn ich fordere, daß der Plan zur

wirtschaftlichen Erneuerung umbenannt wird in Aktionsplan für den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus.

Dann wird jeder Arbeiter und Bauer, der in den CGT-Zug einsteigt, wissen wohin die Reise geht. Genossen, um effektive Propaganda machen zu können, ist diese Klarstellung absolut unerlässlich.

Der CGT-Plan betont vor allem, daß der Kredit der Steuerhebel der Wirtschaft ist. Genossen, ich bin wirklich kein Spezialist in Fragen des Bankwesens und des Kredits. Ich möchte mich nur selbst ausbilden, um dieses Thema den Arbeitern erklären zu können. Wiederum habe ich die notwendigen Erläuterungen nicht in den Dokumenten der CGT gefunden. Dort ist die Rede von „Nationalisierung des Kredits“, und „Kontrolle der Banken“. Nur ausnahmsweise spricht das Dokument auch von „Nationalisierung der Banken“. Kann man den Kredit kontrollieren ohne vorher die Banken zu nationalisieren? Man kann nur das kontrollieren, was man fest in seinen Händen hält. Wollen wir die Banken nationalisieren oder nicht? Ich denke ja. Dann muß das offen und klar gesagt werden. Unglücklicherweise finden wir stattdessen vage Formulierungen wie „Die Bank muß der Wirtschaft dienen, und nicht die Wirtschaft der Bank“ (S. 6 des Dokuments). Ein Arbeiter hat mich gebeten, ihm diese nebulöse Phrase zu erklären. Er sah meine Hilflosigkeit und bemerkte: „Die Bank dient doch immer der Wirtschaft, wie die Trusts, die Eisenbahnen und alles ... Sie alle dienen der kapitalistischen Wirtschaft beim Ausrauben der Bevölkerung.“ Diese schroffe Bemerkung schien mir richtiger zu sein als die Formulierung, die ich vorher zitiert habe. Die kapitalistische Bank dient der kapitalistischen Wirtschaft. Wir sollten daher sagen: Wir wollen jetzt die Bank den Händen der kapitalistischen Ausbeuter entreißen, um sie zu einem Hebel der sozialen Umwandlung zu machen, also zu einem Hebel des sozialistischen Aufbaus. Diese klare Formulierung würde ich sehr gern im Text des Plans sehen. Die Nationalisierung der Banken könnte natürlich nur zu Lasten der Hochfinanz durchgeführt werden. Die kleinen Sparer müssen nicht nur geschont, sondern sogar geschützt werden. Wir müssen wählen zwischen den Interessen der Finanzhaie und den Interessen der Mittelklassen. Unsere Wahl fällt auf die Enteignung der ersteren. Für die letzteren werden wir viel bessere Bedingungen als heute schaffen.

Aber die Nationalisierung der Banken ist nicht genug. Nach der Nationalisierung der Banken müssen wir zu ihrer völligen Vereinigung fortschreiten. Alle einzelnen Banken müssen in Zweigstellen der Nationalbank umgewandelt werden. Nur durch diese Vereinheitlichung kann das nationale Bankensystem in ein System zur Buchhaltung und Steuerung der Volkswirtschaft umgewandelt werden.

In den „Kommentaren für die Propagandisten“ finde ich einige sehr wertvolle Statistiken über die Organisation der Diktatur des Finanzkapitals in unserem Land. Gestützt auf eine Untersuchung von 1932, stellen die Kommentare fest: „Praktisch gesehen können wir sagen, daß 90 Personen die Wirtschaft unseres Landes besitzen und kontrollieren.“ Das ist einmal eine genaue, ja überwältigend genaue Aussage. Das Wohl und Wehe von hundert Millionen Menschen – schließlich können wir nicht unsere

unglücklichen Kolonien vergessen, die von den Haien noch mehr ausgeblutet werden als das Kernland – das Schicksal von hundert Millionen Menschen hängt von einem Wink der Hand von 90 allmächtigen Magnaten ab. Sie sind es, die die Volkswirtschaft in den Dreck gezogen haben um ihre miesen Privilegien und ihre Macht zu erhalten. Leider deutet weder der Text des Plans noch der Kommentar an, was mit diesen 90 Monarchen, die uns beherrschen, geschehen muß. Die Antwort sollte klar sein: wir müssen sie enteignen und herauswerfen, um den geplünderten Leuten zurückzugeben, was ihnen gehört. Das wäre ein guter Anfang, um das Planziel zu erreichen. Im Namen der Gewerkschaft des Dept. Isere beantrage ich, diese Maßnahme in den Text des Plans zu schreiben. Unsere Propaganda wird dadurch lebhafter und effektiver werden.³

Im Text des Plans finden wir einen wichtigen Abschnitt unter der Überschrift „Industrialisierte Nationalisierungen“. Eine sehr merkwürdige Überschrift. Wir wissen, was nationalisierte Industrie bedeutet, aber industrialisierte Nationalisierung ist uns ein Rätsel. Gestattet mir zu sagen, daß solch eine verquere Ausdrucksweise die Arbeit des Propagandisten dadurch erschwert, daß sie die einfachsten Dinge vernebelt. Die „Kommentare für die Propagandisten“ erwähnen nicht einmal die Nationalisierung der Industrie. Vielleicht wurden diese Kommentare vor der letzten Überarbeitung der Thesen herausgegeben. Leider finden wir selten eine Datumsangabe auf CGT-Dokumenten; diese entscheidende Schwäche muß überwunden werden, wenn unsere Arbeit erleichtert werden soll.

Wir können uns jedenfalls glücklich schätzen angesichts der Tatsache, daß die neueste Ausgabe des Plans die folgende These aufstellt: die Nationalisierung von bestimmten Schlüsselindustrien. Allerdings scheint hier das Wort „bestimmte“ überflüssig zu sein. Natürlich können wir nicht erwarten, daß wir mit einem Streich alle kleinen, mittleren und großen Industrien nationalisieren werden. Im Gegenteil, das Regime, das wir errichten wollen, muß den kleinen Produzenten und Handwerkern sowie den kleinen Händlern und Kleinbauern die größte Nachgiebigkeit entgegenbringen. Aber der Text spricht ausdrücklich von den Schlüsselindustrien, das heißt, von den mächtigen Trusts und Kartellen, den Kombinatenn wie dem Comité des Forges (Vereinigte Schwerindustrie), dem Comité des Houillères (Vereinigte Bergbauindustrie), den Compagnies de Chemin de Fer (Eisenbahngesellschaften) usw. usw. Als Schlüsselindustrien müssen sie alle nationalisiert werden, und nicht nur „bestimmte“ davon. Wir in Isere denken sogar, daß wir dem Plan eine Liste dieser Schlüsselindustrien anfügen sollten mit genauen Statistiken über ihre Kapitalausstattung, ihre Dividenden, die Zahl der Arbeiter, die sie ausbeuten und die Zahl der Arbeitslosen, die sie auf den Müllhaufen werfen.

Wenn man mit den Leuten spricht, ist es notwendig, konkret zu sein, die Dinge beim richtigen Namen zu nennen und exakte Zahlen zu benutzen. Sonst wird der Arbeiter und noch mehr der Bauer sagen, „Das ist kein Plan, sondern der platonische Traum irgendeines Bürokraten“.

Unter der Überschrift „Bedingungen der Übernahme“ beschreibt der Text des Plans die Bedingungen der Nationalisierung der Schlüsselindustrien und offensichtlich auch der Banken. Wir denken für gewöhnlich, daß die

Nationalisierung durch Enteignung der Ausbeuter erfolgen soll. Der Plan spricht aber nicht von Enteignung, sondern von Übernahme. Heißt das, daß der Staat die von Arbeiterhand geschaffenen Firmen einfach von den Kapitalisten kaufen muß? So ist es gemeint. Zu welchem Preis? Der Text antwortet: „Der Preis richtet sich nach dem wahren Wert zum Zeitpunkt der Übernahme.“ Später lernen wir, daß „die Abschreibung auf einen Zeitraum von 40 oder 50 Jahren berechnet werden wird“. Das, Genossen, ist ein finanzieller Schacher, der wohl kaum die Arbeiter und Bauern begeistern wird. Was bedeutet das? Wir wollen die Gesellschaft verändern, und beginnen dann mit dem vollständigen Eingeständnis, daß das kapitalistische Eigentum unantastbar ist!

Der Vorsitzende des Rates, Herr Flandin, hatte recht, als er kürzlich im Parlament sagte, „Kapital ist angehäufter Arbeit“. Und all die Kapitalisten im Parlament applaudierten dieser Formulierung. Leider ist sie nicht vollständig. Um die Wahrheit zu sagen, wäre es notwendig zu ergänzen: „Kapital ist die Leistung der Arbeiter, die von ihren Ausbeutern angehäufter wird.“ An dieser Stelle sollte man Proudhon zur Frage des Privateigentums zitieren. Ihr kennt ja den Satz: „Eigentum ist Diebstahl.“ In diesem Sinne könnte man sagen: „Das Eigentum von 90 Magnaten, die Frankreich beherrschen, ist angehäufter Diebesgut.“ Nein, wir wollen nicht zurückkaufen, was den Arbeitern gestohlen wurde, wir wollen nicht, daß das neue Regime vom ersten Tag an mit Schulden belastet ist, während es viele Aufgaben lösen und viele Schwierigkeiten überwinden muß. Der Kapitalismus ist bankrott. Er hat die Nation ruiniert. Die Schulden der Kapitalisten beim Volk übertreffen bei weitem den Zeitwert ihrer Unternehmen. Nein! Kein Rückkauf! Keine neue Sklaverei! Einfache und direkte Enteignung, oder wenn ihr wollt, Konfiszierung.

Ich hoffe wirklich, daß in dieser Versammlung, die die Unterdrückten und die Ausgebeuteten vertritt, niemand eine Sympathieregung für die Industriemagnaten empfindet, die von Arbeitslosigkeit und Armut bedroht wären. Die sind schon weitsichtig genug, sich nach allen Seiten abzusichern. Und wenn wirklich jemand von ihnen mittellos dastände, würde der Staat ihm dieselbe Rente zahlen wie jedem Arbeiter. Es gibt genug kranke und verarmte alte Leute und Jugendliche, Dauerarbeitslose und Frauen, die zur Prostitution gezwungen werden. Um all diesem menschlichen Leid ein Ende zu machen, werden wir die Beträge dringend brauchen, die der Plan viel zu großzügig den Ausbeutern und ihren Nachkommen noch für ein halbes Jahrhundert gewähren will. Durch diese Regelung im Plan, Genossen, würden wir dazu kommen, zwei neue Generationen von Faulenzern zu züchten! Nein, allein dieser Absatz reicht schon aus, den ganzen Plan in den Augen der verhungerten Massen unwiederbringlich zu diskreditieren. Genossen, streicht diesen Absatz so schnell wie möglich. Das ist ein weiterer Vorschlag der Gewerkschaft unseres Departements.

Die „Kommentare für die Propagandisten“ erklären uns, daß „Steuerhinterziehung zu einer Dauereinrichtung geworden ist“. Sehr schön gesagt. Das ist richtig und klar. Aber es ist nicht nur die Steuerhinterziehung. Die Oustric⁴- und die Stavisky⁵-Affären haben uns erneut gezeigt, daß die ganze kapitalistische Wirtschaft nicht nur

auf legalisierter Ausbeutung, sondern auf allgemeiner Täuschung beruht. Um die Täuschungsmanöver vor den Augen der Bevölkerung zu verstecken, gibt es eine wunderbare Methode mit dem Namen Geschäftsgeheimnis – notwendig, behaupten sie, im Wettbewerb. Das ist eine gewaltige Lüge. Flandins Gesetz über Absprachen in der Industrie zeigt, daß die Kapitalisten unter sich keine Geheimnisse mehr haben. Sogenannte Geschäftsgeheimnisse sind nichts anderes als eine Verschwörung der Großkapitalisten gegen die Produzenten und Verbraucher. Die Abschaffung der Geschäftsgeheimnisse muß die erste Forderung des Proletariats sein, das sich auf die Leitung der Volkswirtschaft vorbereitet.

Genau genommen ist der Plan der CGT noch kein wirklicher Plan; er enthält nur allgemeine Richtlinien, die nicht mal besonders genau sind. Ein wirklicher Wirtschaftsplan braucht konkrete Statistiken, Zahlen, Diagramme. Natürlich sind wir davon noch weit entfernt. Die erste Vorbedingung für einen ersten Planentwurf besteht aus einer Bestandsaufnahme von allem, was die Nation an materiellen und menschlichen Produktivkräften, Rohstoffen usw. aufbieten kann. Wir müssen uns mit den wirklichen Kosten der Produktion vertraut machen sowie mit den „gelegentlichen Ausgaben“ des kapitalistischen Betrugs und dazu müssen wir ein für alle Mal die betrügerischen Machenschaften unter dem Namen Geschäftsgeheimnis abschaffen.

Der Plan spricht, wenn auch ziemlich kurz, von Arbeiterkontrolle (siehe „Administrative Kontrolle“). Wir in Isere sind überzeugte Anhänger der Arbeiterkontrolle. Oft wird uns entgegengehalten: „Kontrolle ist nicht genug. Wir wollen die Nationalisierung und Arbeiterverwaltung.“ Wir stellen diese beiden Forderungen jedoch keinesfalls gegeneinander. Damit die Arbeiter die Verwaltung der Industrie übernehmen können – was zum Wohle der Zivilisation absolut nötig ist, so schnell wie möglich – müssen wir sofort die Arbeiterkontrolle fordern, sowie die Kontrolle der Bauern über bestimmte Banken, die Düngemittelkonzerne, die Mühlen usw.

Damit die Nationalisierung auf revolutionäre Weise geschieht und nicht bürokratisch, müssen die Arbeiter bei jedem Schritt beteiligt sein. Sie müssen sich darauf vorbereiten, und das ab sofort. Sie müssen ab sofort eingreifen, in die Leitung der Industrie und der ganzen Wirtschaft, in der Form der Arbeiterkontrolle, beginnend mit ihrer eigenen Fabrik. Der Plan sieht diese Kontrolle in der Form von Klassenzusammenarbeit vor, bei der sich die Arbeitervertreter der Mehrheit der Bourgeoisie beugen müssen (siehe Industrie-Räte). Außerdem schlägt er vor, daß die Delegierten aus jeder Schicht von Produzenten durch die „Berufsorganisationen“ benannt werden müssen. Diesen Vorschlag können wir nicht annehmen. Unsere Gewerkschaften umfassen leider nur ein Zwölftel bis ein Fünftel der Belegschaften, und die Gewerkschaft ist schließlich kein Selbstzweck; sondern ihre Aufgabe ist es, die Masse der Arbeiter in die Lenkung des öffentlichen Lebens einzubeziehen.

Ein Streik nützt den Arbeitern, ob sie organisiert sind oder nicht, nur dann, wenn die fortschrittlichsten Gewerkschafter die ganze Masse in die Bewegung ziehen. Für das gute Funktionieren der Arbeiterkontrolle gilt dieselbe Bedingung. Deshalb darf das Kontroll-Komitee in jeder Fa-

brik nicht nur aus Delegierten der Gewerkschaften bestehen, also von einem Fünftel der Arbeiter. Nein, es muß von allen Arbeitern der Fabrik gewählt werden, unter Führung der Gewerkschaft. Das wäre wirklich der Anfang einer freien und ehrlichen Arbeiterdemokratie, im Gegensatz zur bürgerlichen Demokratie, die korrupt bis auf die Knochen ist.

Der Plan verlangt die Einführung der 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Diese Forderung steht außer Frage. Aber wir wissen nur zu gut, daß sich die herrschende Klasse mit ihrem Staat in die andere Richtung bewegt, d.h. sie wollen niedrigere Löhne ohne Verkürzung der Arbeitszeit. Welche Mittel können wir also einsetzen, um die 40-Stunden-Woche zu erreichen? Die „Kommentare für die Propagandisten“ informieren uns, daß „eine Anstrengung zur Verwirklichung eines internationalen Abkommens unternommen wurde“, und fahren fort: „Es könnte bald verwirklicht werden.“ Es könnte ... das ist nicht sehr genau, und vor dem Hintergrund der internationalen wirtschaftlichen und politischen Situation sollen wir wohl eher schließen: es könnte auch nicht. Wenn wir hier falsch liegen, wird unser Vertreter in Genf unseren Pessimismus korrigieren. Wenn nicht etwas Neues passiert, werden die Arbeitslosen in Grenoble – davon haben wir eine Menge – nicht viel von den Genfer Abkommen halten.

Und was schlägt man uns noch vor, außer auf eine frühe Verwirklichung eines diplomatischen Abkommens zu warten? Die „Kommentare“ fahren fort: „Es muß im ganzen Land Propaganda gemacht werden, um die soziale Bedeutung dieser Forderung der Arbeiter zu erklären.“ Nur zu „erklären“? Aber alle Arbeiter, selbst die einfachsten, verstehen den Vorteil der 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich sehr gut. Was sie von der CGT erwarten ist, daß sie die Methode zeigt, mit der dieses Motto in die Tat umgesetzt werden kann.⁶ Aber genau hier beginnt die große Schwäche des Plans: er macht Vorschläge, er bietet Lösungen an, er formuliert Lösungen, aber er schweigt sich völlig über die Mittel zu ihrer Erfüllung aus.

Bevor wir uns jedoch der Frage zuwenden, wie man den Plan ausführen kann, müssen wir kurz bei einer besonders wichtigen Frage verweilen: der Bauernfrage. Jeder spricht darüber, jeder betont, wie wichtig die Verbesserung der Lage der Bauern ist, aber es gibt da eine Menge Köche, die den Bauern ein Omlett braten wollen, ohne dabei die Eier des Großkapitals zu zerbrechen. Unsere Methode kann das nicht sein.

Die „Kommentare für die Propagandisten“ sagen über den Plan: „Die Bauern müssen aus der doppelten Umklammerung der Düngemittelkonzerne in der Produktion und des Kartells der großen Mühlen und des Getreidehandels im Vertrieb befreit werden.“

Es ist natürlich sehr gut zu sagen, „die Bauern müssen befreit werden“, aber ihr wißt ganz genau, daß der Bauer keine vagen und platonischen Formulierungen mag. Und er hat verdammt recht damit. „Müssen befreit werden.“ Aber wie? Hier ist die einzig mögliche Antwort: Wir müssen die Düngemittel- und Mühlenkonzerne enteignen und nationalisieren, um sie wirklich in den Dienst der Bauern und der Verbraucher zu stellen. Den Bauern

kann nicht geholfen werden, ohne gegen die Interessen des Großkapitals zu handeln.

Der Plan spricht von der „allgemeinen Umorganisation der landwirtschaftlichen Produktion“, gibt aber nicht die Richtung oder die Methoden dieser Umorganisation an. Die Vorstellung, etwa die Bauern zu enteignen oder mit Gewalt zur Einführung sozialistischer Produktionsmethoden zu zwingen, ist so absurd, daß es kaum lohnt, sie zu kritisieren; außerdem befürwortet niemand solche Methoden. Die Bauern müssen den Weg zu ihrer Erlösung selbst wählen. Wie auch immer die Bauern sich entscheiden, das Proletariat wird ernsthafte und wirksame Unterstützung versprechen. Bauern-Kooperativen sind das wichtigste Mittel, die Landwirtschaft von äußerster Zerstückelung zu befreien. Die Kommentare zum Plan sagen: „Bauern-Kooperativen in Produktion, Lagerung und Vertrieb müssen ermutigt und unterstützt werden.“ Leider wird uns nicht mitgeteilt, von wem und wie sie ermutigt und unterstützt werden müssen. An allen Ecken finden wir dieselbe Schwäche. Die Forderungen des Plans haben oft den Charakter von Worthülsen.

Wer soll denn die Banken und Schlüsselindustrien nationalisieren? Wer wird den Bauern zu Hilfe kommen und die 40-Stunden-Woche einführen? Mit einem Wort, wer wird das Programm der CGT umsetzen? Wer und wie? Diese Frage, Genossen, ist entscheidend. Bleibt sie unbeantwortet, hängt der ganze Plan in der Luft.

In dem Abschnitt „Industrialisierte Nationalisierung“ finden wir ganz nebenbei eine indirekte und absolut erstaunliche Antwort auf die gestellte Frage. Das eigentliche Ziel des Plans ist dort nämlich so beschrieben: „Es geht darum, die technischen Details eines Programms zu entwickeln, daß unabhängig vom politischen Regime angewendet werden kann.“ Da muß man sich schon ein oder zweimal die Augen reiben angesichts solch einer unrealistischen Formulierung. Also, der Plan, der sich gegen die Banker richtet, gegen die Magnaten der Trusts, gegen die neunzig Diktatoren Frankreichs und der Kolonien – der Plan, der die Arbeiter, Bauern, Handwerker, kleinen Händler, Angestellten und Beamten retten soll – dieser Plan soll also unabhängig vom politischen Regime sein? Anders gesagt, das Ruder des Staates kann da bleiben, wo es jetzt ist, in den Händen der Ausbeuter, der Unterdrücker, die das Volk verhungern lassen – das macht alles nichts, die CGT legt dieser Regierung ihren Plan zur wirtschaftlichen Erneuerung vor? Laßt es uns frank und frei aussprechen, diese vermeintliche Unabhängigkeit des Plans vom politischen Regime zerstört seinen realen Wert völlig und stellt ihn außerhalb der sozialen Wirklichkeit.

Natürlich beschäftigen wir uns in diesem Moment nicht mit den verfassungsmäßigen oder bürokratischen Formen der Staatsherrschaft. Aber eine Frage bestimmt alle anderen: welche Klasse hat die Macht? Um die Feudalgesellschaft in eine kapitalistische zu verwandeln, mußte die Bourgeoisie die Macht gewaltsam der Monarchie, dem Adel und dem Klerus entreißen. Der Dritte Stand wußte sehr wohl, daß sein Plan zur „wirtschaftlichen und sozialen Erneuerung“ eine entsprechende Herrschaftsform benötigte. Und genauso wenig wie die klassenbewußte Bourgeoisie Louis Capet⁷ mit der Aufgabe betraute, die mittelalterliche Herrschaft abzuschaffen, kann das Proletariat etwa Flandin oder Herriot⁸ oder an-

dere Führer der Bourgeoisie daran setzen, den Plan zur Enteignung der Bourgeoisie selbst durchzuführen. Wer die Macht hat, bestimmt die Form des Eigentums, und alle Reformen bestehen letztlich in der Abschaffung des Privateigentums und der Einführung von kollektivem oder sozialistischem Eigentum an den Produktionsmitteln. Wer glaubt, daß die Bourgeoisie sich selbst enteignen kann, ist vielleicht ein ausgezeichnete Dichter. Aber ich jedenfalls würde ihm nicht einmal die Kasse auch nur der kleinsten Gewerkschaft anvertrauen, weil er in einer Traumwelt lebt und wir in der wirklichen Welt bleiben wollen.

Es muß unmißverständlich gesagt werden: nur eine revolutionäre Arbeiter- und Bauernregierung, bereit zum kompromißlosen Kampf gegen alle Ausbeuter, kann den Plan anwenden, ihn vervollständigen, entwickeln und über ihn hinaus den Weg des Sozialismus gehen. Für das Proletariat heißt das, die Macht zu erobern.

An wen wendet sich der Plan? An die Herrschenden, um sie zu erweichen, oder an die Besitzlosen, um sie gegen ihre Unterdrückung aufstehen zu lassen? Wir Propagandisten müssen wissen, wen wir ansprechen und in welchem Ton. Weder der Plan noch die Kommentare lehren uns irgendetwas in dieser Richtung. Die offizielle Erklärung sagt uns, daß der von der CGT aufgestellte Plan „von der allgemeinen Öffentlichkeit zustimmend aufgenommen werden muß“. Ich frage euch, Genossen, und ich frage mich: was heißt das, die allgemeine Öffentlichkeit? Das ist wohl nicht die Öffentlichkeit der großen Boulevards, nehme ich an. In der Gewerkschaftsbewegung und im Klassenkampf unterscheiden wir für gewöhnlich zuerst nach Klassen: das Proletariat, die Bourgeoisie, die verschiedenen Schichten des Kleinbürgertums. Wir hoffen sicher, daß das Proletariat und die unteren Schichten des Kleinbürgertums den Plan zustimmend aufnehmen werden, wenn er sorgfältig ausgearbeitet worden ist, von Gemeinplätzen gereinigt und den Massen als ein Kampfprogramm vorgestellt worden ist. Aber die Arbeiter und die armen Bauern sind nicht die allgemeine Öffentlichkeit. Denken wir etwa, daß z.B. die Großbourgeoisie den Plan der CGT akzeptieren muß? Offensichtlich nicht, wir wollen uns nicht lächerlich machen. Fragt *Le Temps*. Vor einigen Wochen hat diese Zeitung, die die neunzig Wirtschaftsmagnaten, also die herrschende Oligarchie, ganz gut vertritt, heftig gegen die Teilnahme der Gewerkschaften an den Tarifkommissionen protestiert. Ich zitiere euch zwei Sätze, die Bände sprechen: „Das Verbot aller Arbeiterorganisationen war der Preis für die Herstellung des sozialen Friedens unter dem ancien regime.“ Da seht ihr, wie die Großbourgeoisie mit dem Rücken zur Wand steht und ihre Anregungen aus dem ancien regime bezieht! Und dann sagt derselbe Artikel: „Korporationen [besondere wirtschaftliche Interessengruppen] bedeuten hier Gewerkschaften.“ *Le Temps* zeigt uns so jeden Tag, daß die herrschende Klasse nicht nur Konzessionen an den Plan der CGT ablehnt, sondern im Gegenteil sogar die Zerschlagung der CGT selbst ins Auge faßt.

Jaures hat zu Recht gesagt, daß *Le Temps* die Bourgeoisie in Form einer Zeitung ist. Ist eine Zusammenarbeit möglich mit dieser Bourgeoisie, die heute, inspiriert durch das ancien regime, die Kriminalisierung jeglicher Arbeiterorganisationen vorbereitet? Diese Frage zu stellen heißt

schon sie zu beantworten. Es kann dagegen nur kompromißlosen Kampf geben, bis zum bitteren Ende.

Die Anmerkungen, Kritik und Vorschläge, die ich hier im Namen der Gewerkschaft unseres Departements vortrage, sind bereits ziemlich ausführlich, und ich habe nicht einmal die wichtigsten Fragen erschöpfend behandelt. Deshalb ist es um so mehr nötig, auf den grundlegenden Fehler des Plans hinzuweisen: seine Autoren möchten sich über die Klassen erheben, das heißt, außerhalb der Realität bewegen. Wo sie es jedem recht machen wollen, sprechen sie von der allgemeinen Öffentlichkeit. Sie wollen die Banken nationalisieren, aber ohne die Hochfinanz zu benachteiligen, und die Trusts nationalisieren, während sie verschwenderischerweise die Großbourgeoisie noch drei weitere Generationen als Parasiten leben lassen wollen. Sie wollen den Bauern zu Hilfe kommen, ohne den Interessen der Großgrundbesitzer, der Düngemittelkonzerne und der großen Mühlengesellschaften zu schaden. Nachweisbar wollen sie auch alle möglichen politischen Regimes für sich gewinnen, da sie angeben, daß ihr Plan in Bezug auf politische Parteien und sogar Regimes neutral ist. Mir scheint sogar, daß solch geschraubte und unverständliche Ausdrücke wie „industrialisierte Nationalisierung“ gewählt wurden, um nicht die empfindlichen Ohren der Trust-Magnaten zu schockieren.

Ein solches Vorgehen ist nicht nur sinnlos, es ist gefährlich; es ist nicht nur gefährlich, es ist schädlich. Wer versucht, zuviel zu umfassen, hat es schlecht im Griff oder trägt nur wenig davon. Wir werden die Bourgeoisie nicht für uns gewinnen – sie hat ein unerschütterliches Klassenbewußtsein; sie macht sich lustig über unsere Ratschläge; sie bereitet unsere Zerschlagung vor. Je freundlicher, versöhnlicher und dienstbarer wir der Bourgeoisie gegenüber sind, desto weniger respektiert sie uns und umso kompromißloser und arroganter wird sie. Diese Lektion, so scheint mir, kommt aus der ganzen Geschichte des Klassenkampfes. Wenn wir, andererseits, hinter der vermeintlichen allgemeinen Öffentlichkeit mit unseren Bitten herlaufen und eine Konzession nach der anderen machen, um dem kapitalistischen Idol näher zu kommen, riskieren wir, die Unterprivilegierten zu verärgern, die sich schon langsam sagen: „Das sind Ratgeber der herrschenden Klasse und nicht Führer der unterdrückten Klassen.“ Wir werden niemals die Sympathie des Klassenfeindes gewinnen, aber wir riskieren, für immer das Vertrauen unserer eigenen Klasse zu verlieren. Daß diese Grundregel nicht verstanden wird, ist die Hauptschwäche des Plans. Wir müssen ihn umformen. Wir müssen uns direkt an die Lohnempfänger und die Ausgebeuteten wenden. Wir müssen eine klare und bestimmte Sprache sprechen. Wir müssen den Plan in ein Aktionsprogramm für das ganze Proletariat verwandeln.

Die „Kommentare für die Propagandisten“ raten uns, „alle heraus zu kristallisieren, die guten Willens sind“. Das ist vage. Wo sind sie zu finden? Wir kennen Klassen und Klassenorganisationen, aber vor allem kennen wir die üblen Absichten der Bourgeoisie. Um sie zu zerschlagen, müssen wir ihr den revolutionären Willen der Arbeiterklasse entgegenstellen. Und die Mittelklassen werden nur dann dem Proletariat vertrauen, wenn das letztere in der Aktion Selbstvertrauen zeigt.

Es ist absurd und sogar kriminell, das Wohlwollen der Bourgeoisie zu suchen, indem man das revolutionäre Wohlwollen des Proletariats betäubt und zerbricht. Die Einheitsfront unserer Klasse ist notwendig um jeden Preis: einheitliche Aktion aller Arbeiter, gewerkschaftlichen, politischen, kooperativen, Bildungs- und Sportorganisationen und, vor allem, Gewerkschaftseinheit; mit dem konkreten Ziel – die Anwendung des Plans zur Nationalisierung und Sozialisierung durch die Eroberung der Macht.

Wir müssen jeden richtigen kämpferischen Arbeiter für eine mächtige Kampagne im ganzen Land mobilisieren. Die Bauern in den hintersten Dörfern müssen überzeugt werden, daß das Proletariat dieses Mal ernsthaft daran geht, die Bourgeoisie zu stürzen, die Macht in die eigenen Hände zu nehmen um unser Land zu verwandeln, um es zumindest für das arbeitende Volk bewohnbar zu machen.

Entweder der Plan wird umgewandelt in einen Plan zur Machtübernahme durch das Proletariat, für die Bildung einer Arbeiter- und Bauernregierung, oder das Volk wird ihn als nichtig und undurchführbar wegwerfen. Die Gewerkschaft aus Isere ist für revolutionäres Handeln. Wenn ihr uns dazu aufruft, werden wir antworten: Wir sind bereit!⁹

Anmerkungen

- (1) Die Patriotische Jugend und die Bauernfront waren Organisationen der Ultrarechten, die mit den französischen Faschisten zusammenarbeiteten. Die Volksdemokraten waren eine mehr traditionelle bürgerliche Organisation, in etwa wie die Radikale Partei.
- (2) Pierre-Btienne Flandin, 1889–1958: ein Führer der linken Republikaner; Ministerpräsident von November 1934 bis Mai 1935; führte Politik der Notverordnungen, übermäßigen Steuern, Lohnreduzierungen, Gehalts- und Pensionskürzungen und des Ruins der werktätigen Bauern und der Mittelständler fort.
- (3) Die Frage der Nationalisierung kam später im Jahr 1935 auf, als das Programm der Volksfront formuliert wurde, und wurde auf Drängen der Kommunistischen Partei aus dem Programm gestrichen. Maurice Thorez (Vorsitzender der KPP) berichtete in l'Humanite vom 13.6.1936: „Die Genossen von der Sozialistischen Partei wollten Nationalisierungen in das Programm aufnehmen. Wir wollten keine Illusionen verbreiten. Wir haben uns dagegen stark gemacht. Und es war richtig.“
- (4) Albert Oustric, ein französischer Bankier, dessen Spekulationen viele Banken in den Ruin trieben und 1930 den Fall der Regierung Tardien auslösten.
- (5) Serge Alexandre Stavisky, französischer Geschäftsmann, in dessen zweifelnde Geschäfte Polizisten und bürgerliche Politiker verwickelt waren. Sein mysteriöser „Selbstmord“ führte zum Sturz der Regierung; dieser Korruptionsskandal spielte eine große Rolle in der Agitation der Faschisten beim Staatsstreichversuch vom 6. Februar 1934.
- (6) Das 40-Stunden-Gesetz wurde im Juni 1936 vom Parlament verabschiedet unter dem Druck einer riesigen Welle von Streiks und Betriebsbesetzungen, die der Bildung der Volksfrontregierung unter Blum vorausging.
- (7) Louis XVI (Capet) war die Spitze der alten Feudalmonarchie (ancien regime), die von der Französischen Revolution 1792 gestürzt wurde.
- (8) Edouard Herriot, Ministerpräsident von Juni 1932 bis Dezember 1932.
- (9) Die CGT-Führer hatten keinesfalls die Absicht, irgendjemanden zu irgendeiner revolutionären Aktion zu ermuntern. Auf der Sitzung des CNN, auf der Bardin sprach, zog Jouhaux seinen eigenen Plan zurück und unterdrückte alle Versuche, ihn weiter zu popularisieren oder zu erweitern. Trotzdem machte die Führer der Kommunistischen und Sozialistischen Parteien dafür verantwortlich, daß Jouhaux dies tun konnte.

Bürokratie + Markt = Katastroika

von Frank Klobes, Kassel

Vor fünf Jahren trat Gorbatschow an, um den „Sozialismus“ zu erneuern. Perestroika und Glasnost waren die Schlagworte. Das Nationaleinkommen sollte von 1986–90 um das 1,6fache steigen und die Produktivität um 23%. „Innerhalb von 15 Jahren sollen vordringliche, für alle Schichten der Gesellschaft besonders wichtige Fragen des materiellen Wohlergehens und der geistigen Entwicklung radikal gelöst werden ... vor allem die wachsende, kaufkräftige Nachfrage nach hochwertigen und vielfältigen Erzeugnissen und Dienstleistungen voll zu befriedigen.“ (Ministerpräsident Ryschkow auf dem 27. Parteitag der KPdSU, März 1986)

Die Realität ist genau umgekehrt. Von 1000 verschiedenen Grundgütern sind nur noch vier regulär in Geschäften erhältlich. Das Bruttosozialprodukt fiel 1990 um 11%, dieses Jahr wird ein Rückgang von 10% erwartet. Der Lebensstandard und die Produktivität sinken. Das Einzige, was wächst, sind der Schwarzmarkt, das Haushaltsdefizit, die Kriminalität und die Verkommenheit der Bürokratie. Die Sowjetunion steht vor dem Zusammenbruch. Wirtschaftskollaps und bürgerkriegsähnliche Nationalitätenkonflikte zerrütten das Land.

Die Bürokratie ist absolut unfähig, noch eine fortschrittliche Rolle in der Gesellschaft zu spielen. War sie bis Mitte der 70er „nur“ eine relative Fessel der Produktivkraftentwicklung, so beginnt sie jetzt die Grundpfeiler der Gesellschaft zu zerstören.

Gorbatschow, einst von der Unterstützung des Volkes getragen, sah sich im März einer der größten Streikbewegungen gegenüber, die seinen Rücktritt forderte. Marxisten erklärten zu Beginn der Gorbatschow-Ära, daß dies einen Wendepunkt in der Geschichte des Stalinismus darstelle. Der Versuch Gorbatschows und eines Teils der Bürokratie, den bürokratischen Apparat zu „reformieren“ und durch Reformen von oben eine Revolution von unten zu verhindern, war zum Scheitern verurteilt. Eine herrschende Schicht kann nicht reformiert werden, man kann sie höchstens abschaffen. Aber wer schafft schon sich selbst und seine Freunde ab?

Wenn eine Gesellschaft nicht mehr fähig ist die Produktivkräfte zu entwickeln, beginnt sie zu zerfallen und die Bühne der Geschichte zu verlassen. In diesem Prozeß befindet sich der Stalinismus. Er ist dabei, die Bühne der Geschichte zu verlassen, die Frage ist nur, was tritt an seine Stelle? Kapitalismus oder wirklich demokratische Arbeiterstaaten?

In den letzten zwei Jahren beschleunigte sich der Verfall der Wirtschaft, und mit ihm wuchsen die Auseinandersetzungen innerhalb der Bürokratie über den Weg aus dem Desaster. Doch die Auswegslosigkeit führte zu tiefen Spaltungen in der bürokratischen Schicht und zu einer Zick-Zack Politik insbesondere Gorbatschows entlang der kurzfristigen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen. In einem Punkt sind sich alle Flügel der

Der Sturz Gorbatschows

Kurz vor Druckbeginn erreichte uns die Nachricht vom Sturz Gorbatschows. Die neue Regierung droht mit harten Repressionen gegen die Arbeiter und will „Ruhe und Ordnung“ im Land wiederherstellen. In diesem Artikel wird die Perspektive eines Militärputsches zwar nicht ausgeschlossen, aber als eher unwahrscheinlich angesehen. Trotzdem bleibt die grundlegende Analyse richtig.

Die Lage in der Sowjetunion ist zu diesem Zeitpunkt noch sehr unklar. Wir wissen noch nicht, ob die Armee komplett hinter den neuen Machthaber steht und inwieweit die neue Regierung „fest im Sattel“ sitzt. Vor allem ist – abgesehen über einzelne Berichte von Streiks – noch unklar, wie die Arbeiterklasse auf den Putsch reagiert. Wir haben uns entschlossen, den Artikel unverändert abzu drucken. Wir werden vor allem in der nächsten Ausgabe der VORAN (Nr. 133) ausführlich auf die neue Lage in der Sowjetunion eingehen.

Die Redaktion, 19. August 1991

Bürokratie einig: der Weg soll Richtung Marktwirtschaft gehen. Der Streitpunkt ist nur, wie schnell und wie weit. Die Hardliner aus dem Militär und dem Kern der Staatsbürokratie wollen eine langsame, mit „harter Hand“ kontrollierte Einführung marktwirtschaftlicher Elemente. Sie stehen im Kampf mit dem Flügel der sogenannte Reformer um den russischen Präsidenten Boris Jelzin und den Bürgermeistern Leningrads und Moskaus, Sobtschak und Popow. Sie haben sich offen dem Kapitalismus verschrieben, haben jedoch beträchtliche Unterstützung aus der Bevölkerung. Sie wollen den Kapitalismus so schnell wie möglich. Der im letzten Herbst heiß umkämpfte „Schatalin-Plan“ der „Reformer-Gruppe“, der den Übergang zur Marktwirtschaft in 500 Tagen vorsieht, macht dies deutlich.

Schätzungen zu Folge würde die Umsetzung des Plans, der u.a. weitgehendste Privatisierung und Preisfreigabe vorsieht, 200% Inflation, 20–50 Mio. Arbeitslose, den Bankrott von 25% aller Landwirtschaftskollektive sowie den 30%igen Fall des Lebensstandards bedeuten.

Gorbatschow hat keine eigene Linie mehr. Er balanciert in bonapartistischer Tradition zwischen den beiden Flügeln hin und her, je nach Druck des einen oder anderen Flügels und der Arbeiterklasse. Die Menschen haben die Nase voll von bürokratischer Mißwirtschaft, nichtigen Versprechungen, Unterdrückung und leeren Regalen. Die Arbeiterklasse verliert die Geduld. Das zeigen die großen Streikbewegungen der Bergarbeiter 1989 und im Frühjahr diesen Jahres, dem sich auch andere Industriezweige an-

schlossen. Viele Arbeiter wissen, gegen was sie sind, aber sind sich unklar, was sie wollen. Durch den relativ langanhaltenden Aufschwung im Westen, den dramatischen Verfall der bürokratischen Kommandowirtschaft und die Abwesenheit einer marxistischen Alternative gibt es nun breite Illusionen in den Markt und in kapitalistische Methoden. Diese Illusionen, zusätzlich genährt von Bürokraten wie Jelzin und Gorbatschow, bedeuten jedoch nicht, daß alle die Restauration des Kapitalismus wollen oder Vorstellungen darüber haben. Das Bewußtsein ist widersprüchlich. Viele verbinden die Einführung des Marktes mit vollen Regalen, einem Markt auf dem man alles kaufen kann.

Die Arbeiter werden schnell merken, was Marktwirtschaft wirklich heißt und gegen den Verfall ihres Lebensstandards kämpfen. Ihnen ist es relativ egal, wie das Wirtschaftssystem heißt. Sie beurteilen es nach dem, was es an Lebensqualität bringt. Auslöser des Generalstreiks im April in Weißrußland waren die drastischen Preiserhöhungen. Ein Minsker Taxifahrer berichtete: „Meine Frau gehörte zu den ersten, die auf die Straße gingen. Am 2. April wollte sie in der Werkskantine Mittag essen. Statt einen Rubel mußte sie drei bezahlen. Das brachte das Faß zum Überlaufen.“

Während des Streiks bildeten sich überall in der Republik betriebliche Streikkomitees, die im zentralen Minsker Streikkomitee zusammengefaßt waren.

Die Aushöhlung des Plansystems durch die Einführung marktwirtschaftlicher Maßnahmen hat die Hebel zentraler Kontrolle fast völlig lahmgelegt, ohne daß ein anderer Kontrollmechanismus an die Stelle trat. Dadurch kehrt Anarchie in die Wirtschaft ein. Diese Tatsache und die sich zuspitzenden Nationalitätenkonflikte sind die Hauptursache des beschleunigten Wirtschaftsverfalls.

Führende Wissenschaftler in Ost und West fürchten den totalen Zusammenbruch der Wirtschaft.

Die Ölförderung ist seit 1987 um 16% gefallen. Öl ist der Hauptrohstoff der Sowjetunion. Es ist die Hauptenergiequelle und trägt 60% zu den gesamten Exporteinnahmen bei. Es wird geschätzt, daß der Export von Öl in den nächsten zwei Jahren um 75% sinkt. Ein sibirischer Ölmanager sieht für 1993/94 sogar die Notwendigkeit, Öl zu importieren. Die Ursachen sind meistens überalterte Förderungsanlagen und fehlende Ersatzteile, was die Produktivität fallen läßt. Hauptproduzent für Ölförderungsanlagen und Ersatzteile ist eine Fabrik in Aserbaidschan. Streiks und Blockaden der Eisenbahnverbindungen durch die Konflikte zwischen Armenien, Aserbaidschan und der Zentralregierung wirken sich direkt auf die Ölfördermenge aus. Die Zahlungen der Republiken an die Zentralregierung waren in den ersten zwei Monaten dieses Jahres um 72,2% niedriger als vorgesehen. Dies hat ein riesiges Loch in den Staatshaushalt gerissen. Die Integration der SU ist ein entscheidender Wirtschaftsfaktor. Weißrußland hat große Traktorenfabriken, Armenien spezielle pharmazeutische Industrie, Aserbaidschan das Monopol auf Ölförderungsanlagen, Rußland viel Rohstoffindustrie usw. Die Arbeitsteilung und Spezialisierung ist eine der größten Errungenschaften der Planwirtschaft, die trotz bürokratischer Deformation jahrzehntelang höhere Wachstumsraten brachte als jemals ein kapitalistisches Land. Das Auseinanderbrechen der SU ist allein unter diesem Aspekt ein großer Rückschritt.

Wir Marxisten unterstützen das Recht auf Selbstbestimmung der Völker, einschließlich der Loslösung, wenn es eine überwältigende Mehrheit will. Doch Marxisten sind keine Verfechter der Abtrennung, denn sie stellt keine Lösung dar. Der einzige Lösungsweg ist die Demokrati-



Demonstration von Militärs vor dem Kreml

sierung der SU und eine erneuerte sozialistische Föderation basierend auf dem friedlichen Zusammenleben der Nationen und einer demokratischen Planwirtschaft unter Arbeiterkontrolle und -verwaltung.

Die Abhängigkeit der SU vom Weltmarkt und dem guten Willen der westlichen Regierungen hat beträchtlich zugenommen. Die Auslandsverschuldung ist von 28,9 Mrd. Dollar 1985 auf 60 Mrd. 1990 sprunghaft gestiegen. Dieses Jahr werden allein 16 Mrd. Dollar Rückzahlungen fällig. Für die Bezahlung der Zinsraten werden u.a. 40% der Exporteinnahmen verwendet. Die Devisenreserven fielen 1990 um 2/3 auf 5,1 Mrd. Dollar, so daß die SU gezwungen war, Gold im Wert von 1,6 Mrd. zu verkaufen.



Feilschen um ein paar Kohlrüben

Dies zeigt, wie schon jetzt das westliche Kapital die Sowjetunion aussaugt.

Würde der Schatalin-Plan umgesetzt, westlichen Waren Tür und Tor geöffnet, so wäre der Verfall des Lebensstandards und der Wirtschaft noch dramatischer und die Abhängigkeitsbeziehung würde sich kaum von der eines „3.Welt“-Landes unterscheiden. Doch die Arbeiterklasse der Sowjetunion ist um ein vielfaches stärker als die der ex-kolonialen Länder. Viele der selbstverständlichen Dinge wie Wasser, Strom und billige Transportmittel würden in Frage gestellt und die Reaktion der Arbeiterklasse herausfordern. Gemeinsam würden die stalinistische Bürokratie und die Imperialisten versuchen, die Arbeiterklasse zu spalten, vor allem entlang nationaler Linien und durch Privilegierung bestimmter Schichten der Arbeiterklasse. So könnten zum Beispiel die Arbeiter in der für den Westen durchaus lukrativen Rohstoffindustrie durch Besserstellung und Lohnzahlungen in Devisen zunächst eine Steigerung im Lebensstandard erlangen. Die treibende Kraft in diesem Prozeß ist der Flügel um Jelzin, der sich auf seine Popularität und Illusionen vieler Arbeiter in die Marktwirtschaft stützt. Die Beendigung der Streiks im Kohlebergbauggebiet Kusbass basierte auf einem Abkommen, welches die Industrie der Region der Zuständigkeit Rußlands unterstellt. Weiterhin wird ihnen die völlige ökonomische Eigenständigkeit zugesprochen, das Recht ihre Eigentumsform selbst zu wählen und über ihre gesamten Einnahmen in harter Währung zu verfügen. Die

zuständige Kommission der EG war gleichsam überrascht wie erfreut über das Abkommen und will eine „Zusammenarbeit bei Erdöl, Erdgas, Elektrizität und Kohle anstreben“.

Die Streikwelle leitete eine neue Phase in der Entwicklung der Sowjetunion ein. Brachte Gorbatschow die Arbeiter im Sommer '89 noch selbst durch Versprechungen in die Gruben zurück, so verlangen die Arbeiter diesmal seinen Rücktritt. Auch der Druck der Alt-Stalinisten, organisiert um die Sojus-Fraktion, wird größer. Sie forderten den Ausnahmezustand und einen Sonderkongreß der Volksdeputierten mit dem Ziel, Gorbatschow zu stürzen. „Jeder wäre besser“, antwortete ein Sojus-Mitglied auf die Frage nach dem Nachfolger. Aus der Hilflosigkeit heraus machte Gorbatschow weitreichende Zugeständnisse an Jelzin in Fragen der Wirtschaftspolitik und des angestrebten neuen Unionsvertrages. Damit will er sich die Unterstützung Jelzins sichern. Die Republiken können demnach künftig über ihre Bodenschätze verfügen und eigene Programme zur Einführung der Marktwirtschaft realisieren. Eintritt und Austritt sind jeder Republik freigestellt, wobei der Austrittsmechanismus gesetzlich festgelegt ist und sich über fünf Jahre erstreckt. Ausgetretene Republiken werden wie ausländische Staaten behandelt. Der Zentralregierung unterstehen die Armee, die Staatssicherheit, die Außenwirtschaftsbeziehungen, der Staatshaushalt, die Geldpolitik, Kommunikation sowie Gold-, Diamanten- und Devisenreserven. In einem bekanntgewordenen „geheimen“ Zusatz wird den Republiken die Bildung eigener zentraler Regierungsorgane zugeschrieben, falls die derzeitige Zentralregierung dem neuen Unionsvertrag nicht zustimmt. Dies ist ein Schlag gegen den alt-stalinistischen Flügel, der den Vertragsentwurf vehement ablehnt und stattdessen einen „einheitlichen Wirtschaftsraum“ und „Allunionsmarkt“ bei gleichzeitiger „Erhöhung der Autorität der Streitkräfte“ fordert (aus dem Programm der Sojus-Gruppe).

Vor diesem Hintergrund und dem weiteren Verfall der Gesellschaft ist eine stalinistische Konterrevolution ausgehend vom Militär nicht ausgeschlossen. Aufhebung von mühsam erkämpften demokratischen Rechten, freien Gewerkschaften, relativer Meinungsfreiheit sowie der Versuch, über Zwangsmaßnahmen die Produktion zu steigern, wären die Folgen und würden einen Rückschlag für die sowjetische Arbeiterklasse darstellen.

Doch der Pakt zwischen Gorbatschow und Jelzin deutet in eine andere Richtung. Der Versuch eines schnellen Sprungs in die kapitalistische Marktwirtschaft scheint in Vorbereitung zu sein.

Mitte April legte Gorbatschow ein Anti-Krisenprogramm mit u.a. folgenden Punkten vor:

- * Bis Ende 1991 befristetes Verbot politischer Streiks.
- * Vollständige Entwicklung von Marktpreisen bis Oktober 1992 sowie Koppelung der Einkommens- an die Preisentwicklung.
- * Ausarbeitung von Privatisierungsplänen im 2. Quartal 1991.
- * Aufhebung des staatlichen Handelsmonopols sowie weitere Dezentralisierung des Außenhandels.
- * Schaffung eines Devisenmarktes und Konvertibilität des Rubels (anerkanntes Tauschverhältnis mit harten Währungen wie Dollar, DM).



Jelzin und Gorbatschow

- * Einrichtung freier Wirtschaftszonen und Erleichterungen beim Transfer von Gewinnen.
- * Im 2. Halbjahr Sparmaßnahmen im Haushalt und Aussetzung der Investitionsprogramme.
- * Beschlüsse von Republiken und lokalen Behörden, die sowjetischen Gesetzen zuwiderlaufen, werden suspendiert. Den Republiken, die den Unionsvertrag nicht einhalten, wird die finanzielle Unterstützung entzogen.
- * Größere Macht der Zentralbank über das Bankensystem und strengere Kreditpolitik gegenüber den rebellischen Republiken.
- * Errichtung von Aktien- und Rohstoffmärkten mit sowjetischer und ausländischer Beteiligung.
- * Einführung zentraler Kontrolle über die Versorgung mit Getreide und Grundnahrungsmitteln.
- * Der Anteil privater Verkäufe von Nahrungsmitteln und anderen Gütern wird erhöht.

Dies ist ein Programm von Repressionsmaßnahmen und weitreichender kapitalistischer Restauration.

Kürzlich ist das Streikrecht weiter verschärft worden. Der sowjetische Präsident sowie alle Republikführer erhalten das Recht, Arbeitskämpfe zu verschieben oder auszusetzen. Bei Nichtbefolgung drohen den Anführern hohe Geldstrafen oder zwei Jahre Arbeitshaft.

Gorbatschow und Jelzin sind sich bewußt, daß der „radikale“ Versuch zur Restauration des Kapitalismus soziale Explosionen hervorrufen wird und heftige Kämpfe innerhalb der Bürokratie. Deshalb versuchen sie ihre Machtbefugnisse auszubauen, um gegebenenfalls mit diktatorischen Mitteln den Kapitalismus zu restaurieren (siehe Walesa in Polen). Ein Beispiel, wie zukünftige Machtausübung aussehen kann, bietet Georgien. Bei den Wahlen im Oktober 1990 übernahm der vor kurzem zum georgischen Präsidenten gewählte Nationalistenführer Gamsachurdia die Macht. Im Dezember entzog er den in Georgien lebenden Osseten die Autonomie, was zu bis heute andauernden bürgerkriegsähnlichen Unruhen führte. Inzwischen ist Georgien aus der SU ausgetreten. Gamsachurdia hat seine Macht ausgebaut und unter-

drückt jegliche Opposition. Zwei Oppositionsführer ließ er ins Gefängnis werfen. Stattdessen trat der Ausnahmezustand in Kraft, der alle politischen Auftritte und Tätigkeiten von Parteien verbietet. Oppositionelle Zeitungen wurden verboten und die Nationalgarde dem Präsidenten unterstellt. Gamsachurdia kann das Parlament auflösen, Abgeordnete entlassen, den Krieg erklären usw. Zur Sicherung seiner Macht baut er inzwischen einen eigenen Geheimdienst auf.

Und Jelzin hat nichts Eiligeres zu tun, als mit Gamsachurdia einen Kooperationsvertrag abzuschließen, in dem er faktisch den Verlust der ossetischen Autonomie anerkennt. So steht es tatsächlich mit dem Demokratieverständnis des scheinbaren Vertreters des Selbstbestimmungsrechtes Jelzin.

Die Bevölkerung Rußlands wird sehr schnell erkennen, daß Jelzin nichts außer großen Sprüchen zu bieten hat. Gorbatschow hat seinen Vertrauensvorschuß in fünf Jahren aufgebraucht. Jelzins Abstieg wird schneller gehen.

Jelzin ist im Juni mit einem Programm des schnellen Weges zur Marktwirtschaft zum Präsidenten Rußlands gewählt worden. Doch die Unterstützung für ihn ist begrenzt. Neben den rund 40%, die für andere Kandidaten stimmten, haben 25–30%, in Leningrad über 1/3 überhaupt nicht gewählt. Viele von ihnen sehen keinen Unterschied zwischen den Kandidaten. Trotzdem bedeutet das Ergebnis der Wahl erhöhten Druck auf Gorbatschow, das Tempo zur Marktwirtschaft zu beschleunigen. Durch die erlangte Machtposition Jelzins sind neue Konflikte zwischen den beiden „Zaren“ vorprogrammiert.

Bei allem Gerede um die Restauration des Kapitalismus, bleibt die Frage, ob dies überhaupt möglich ist, wenn ja, in welchem Zeitraum und unter welchen Bedingungen. In dieser Frage gibt es weder bei den Herrschenden im Westen noch im Osten Klarheit.

Aus wirtschaftlicher Sicht sind die Konvertibilität des Rubels und die durch Privatisierung erhoffte Produktivitätssteigerungen von zentraler Bedeutung. Beides zusammen schafft die Voraussetzung, daß westliches Kapital in größerem Umfang seine Produkte absetzen und die

erzielten Gewinne transferieren kann. Doch die Restauration ist keine rein theoretische Frage. Das Spiel der lebendigen Kräfte einer Gesellschaft bestimmt letztendlich den Verlauf der Geschichte. D.h., wie wird die Arbeiterklasse auf den zweifelsohne beschleunigten Fall des Lebensstandards reagieren und wie wird sich ihr Bewußtsein entwickeln?

Gorbatschow und Jelzin sind sich im klaren darüber, daß die Restauration nur mit Hilfe des Imperialismus möglich ist. Vor kurzem befand sich der zweite Urheber des Schatalin-Plans, Jawlinsky, mit Zustimmung Gorbatschows in den USA, um dort mit US-Wissenschaftlern einen Plan zu Restauration auszuarbeiten. Gleichzeitig laden die G-7 (Gruppe der sieben führenden Wirtschaftsnationen) Gorbatschow zu Gesprächen am Rande ihres Gipfeltreffens ein. Mit konkreten finanziellen Zusagen halten sie sich jedoch zurück, denn die im Vorfeld von Gorbatschow geforderten 100 Mrd. Dollar sind auch für die Industrienationen kein Kleingeld. Angesichts der weltweit abflauenden Konjunktur braucht man das Geld im eigenen Land. Im Gegenzug bot Gorbatschow eine Intensivierung der Wirtschaftsreformen und die Bildung einer „gemischten Marktwirtschaft auf der Grundlage eines neuen Systems von Eigentumsbeziehungen“ sowie „energische Schritte zur Öffnung des Landes in die Weltwirtschaft“ und die Konvertibilität des Rubels an. Doch der als „historischer Meilenstein“ gefeierte Gipfel brachte der SU lediglich eine „assoziierte Mitgliedschaft“ beim Internationalen Währungsfond und der Weltbank. Gorbatschow strebte eine Vollmitgliedschaft bei den Ausbeutungsinstitutionen der „3. Welt“ an, da nur dann die Dollarkredite fließen.

Die G-7 bieten verstärkte Zusammenarbeit und technische Hilfe bei der Umstellung der Rüstungsindustrie und im Energiesektor an. Sie wollen den „Reformprozeß“ in der SU „beobachten“ und „begleiten“. Was das auch immer heißen mag, eines ist klar: Es gibt Überlegungen der Imperialisten, wie man die SU der kapitalistischen Wirtschaft zuführt, doch gibt es Unsicherheit über Machbarkeit und Risiken, so daß Baker vorläufig schlußfolgert: „Ich glaube nicht, daß wir die Reformen in der Sowjetunion durch einen Knalleffekt ins Rollen bringen können.“ Die Bürger müßten den „Willen aufbringen, den Weg in eine neue Zukunft zu öffnen“. Diese neue Zukunft hieße Arbeitslosigkeit, Inflation, soziale Verelendung breiter Schichten. Bei 550 Mrd. Rubel Inlandsverschuldung (Verfünfachung in den letzten fünf Jahren), 60 Mrd. Dollar Auslandsschulden und fallender Produktivität würde die Konvertibilität des Rubels eine dramatische Abwertung bedeuten. Selbst wenn sich die Regale mit Waren füllen würden, könnten die meisten Menschen sie sich nicht leisten. Nach den letzten Preiserhöhungen kam es zu Massenplünderungen. Im Kaukasus stürmten rund 700 aufgebrachte Menschen die privaten Märkte und zerstörten ihre Einrichtungen. Der Grund: Trotz Waren im Übermaß waren die Preise nicht gesunken.

Der Schwarzmarkt, ein Ausdruck des freien Handels, soll nach Schätzungen den Umfang der Hälfte des Bruttosozialproduktes haben. Man bekommt dort fast alles, aber zu horrenden Preisen. Waren, die eigentlich für die Supermärkte bestimmt sind, finden sich auf dem Schwarzmarkt wieder. Bevor sie in die Läden gelangen,

werden sie von korrupten Bürokraten und Schiebern dem Schwarzmarkt zugeführt. Ergebnis: Inzwischen gibt es 150.000 Rubel-Millionäre, die mit dicken Limousinen und Leibwachen durch die Gegend fahren. Die Bevölkerung hat das Nachsehen.

Wenn die Bürokratie eine breit angelegte Privatisierungswelle anstrebt, stellt sich die Frage, wer die Betriebe kaufen soll und will. Werden dann die Bürokraten selbst zu Kapitalisten oder kaufen die westlichen Kapitalisten die Sowjetunion auf, und welches Problem würde dadurch gelöst?

Der Prozeß in der SU ist nicht vergleichbar mit dem der DDR. Durch die BRD war eine nationale Bourgeoisie vorhanden, die bereit war, unter dem Druck der Revolution die DDR zu übernehmen und den Kapitalismus zu restaurieren. Trotz der Tatsache, daß die BRD zu den reichsten imperialistischen Ländern der Welt zählt und das Anschlußgebiet nur 16 Mio. Einwohner hat, sind die wirtschaftlichen und sozialen Folgen kaum zu bewältigen. Die SU hat 290 Millionen Einwohner, riesige monopolisierte Fabriken mit Zehntausenden von Arbeitern. Aber auch die bürokratische Mißwirtschaft führt ins Chaos, vielleicht etwas langsamer. Eine Katastrophe kann nur durch eine drastische Steigerung der Produktivität verhindert werden. Dies kann nur durch geplante Investitionen in neue Technologien in einem höheren Maß, als der Kapitalismus fähig wäre, erreicht werden. Das setzt die Reorganisation der Planwirtschaft unter voller Teilnahme der Arbeiter und Experten voraus. Eine politische Revolution, in der die Arbeiter die verbrecherische Bürokratie beseitigt und selbst die Schalthebel der Gesellschaft übernehmen, ist dazu notwendig. Dazu braucht sie ihre eigenen mächtigen Organisationen. In der SU haben sich überall unabhängige Gewerkschaften gegründet. Aber das genügt nicht. Denn viele haben ein marktwirtschaftlich orientiertes Programm, von dem sie sich die Lösung der Probleme erhoffen. Doch damit würden nur die stalinistischen Ketten durch kapitalistische ersetzt. Doch was die Arbeiter jetzt brauchen, sind Antworten auf die konkreten Fragen des tagtäglichen Kampfes, des Kampfes gegen Preiserhöhungen, gegen Bürokratismus, gegen Privatisierungen usw. und dies zu verbinden mit einer neuen gesellschaftlichen Perspektive. Eine demokratisch geplante Wirtschaft, in der die Arbeiter die Produktion und Verteilung selbst bestimmen und kontrollieren, in der die Funktionsträger jederzeitig wähl- und abwählbar sind und nicht mehr als einen Arbeiterlohn verdienen, ist der einzige Ausweg im Interesse der Mehrheit.

Die Sowjetunion befindet sich nun in einem widersprüchlichen Prozeß der Revolution und Konterrevolution. Ob die politische Revolution siegreich sein wird, hängt in erster Linie von der weltwirtschaftlichen Entwicklung und dem Aufbau der Kräfte des Marxismus ab. Aber Sozialismus in einem Land ist nicht möglich. Der entwickelte Kapitalismus hat durch die weltweite Arbeitsteilung alle Wirtschaften in eine gegenseitige Abhängigkeitsbeziehung gebracht. Die Ausdehnung der Revolution ist Voraussetzung für ihr Überleben.

„Proletarier aller Länder vereinigt euch.“ Dieser Satz von Karl Marx aus dem Kommunistischen Manifest ist keine Nostalgie, sondern unabdingbare Notwendigkeit auf dem Weg zu einer sozialistischen Weltgesellschaft.

Spaltung der italienischen Arbeiterbewegung

Weder Stalinismus noch Reformismus Für die Einheit der Arbeiter!

Übersetzt von Mirijam Alberti, Aachen

Vorwort

von Brent Kennedy, Köln

Am Anfang diesen Jahres hat sich die italienische kommunistische Partei (PCI) in zwei Parteien aufgespalten. Die Führung hatte die Partei seit Jahrzehnten immer weiter nach rechts gezogen, mit beschleunigtem Tempo in den letzten Jahren. Die Führer der Linken in der Partei hatten bei diesem Prozeß mitgemacht. Es gab nie einen Versuch, die Arbeiterbasis der Partei gegen die Reformisten zu mobilisieren. Doch als der neue Vorsitzende Ochetto und seine Yuppie-Freunde diesen Prozeß mit Konsequenz zu Ende führen wollten, mit einem klaren



PDS-Chef Ochetto

Bruch mit den alten Traditionen und Symbolen der Partei, wurde es für einen Teil der alten Garde zu viel, um es einfach hinzunehmen. Statt „kommunistische“ Partei (was sie längst nicht mehr war) sollte sie jetzt die „Demokratische Partei der Linken“ (PDS) heißen; statt Hammer und Sichel sollte die Partei jetzt einen Baum (!) als Symbol bekommen.

Fast ein Jahr führten die alten Männer innerhalb der Partei eine Kampagne gegen die Namensänderung, ohne ihre Basis zu mobilisieren, ohne an die Jugend zu appellieren, ohne irgendeine inhaltliche Alternative anzubieten und ohne neue Ortsvereine auf ihre Seite zu bringen. Der programmatische Inhalt ihrer Kampagne bestand aus einem Wort: „No!“

Im September 1990 starteten die liberalen Intellektuellen um Ochetto eine Provokation, offenbar in der Hoffnung, daß viele Linke die Partei verlassen würden: Auf der „Festa da l'Unità“ (Sommerfest der Parteizeitung), ausgerechnet in Modena, einer Hochburg der PCI und der Linken, verraten einige Partei-„Historiker“ die Tradition der Partisanen, die Norditalien von den italienischen Faschisten und den Nazis befreiten. Sie wurden als Terroristen beschimpft. Einige „Enthüllungen“ über den bewaffneten Kampf gegen den Faschismus wurden gemacht, die selbst noch lebende Genossen in Gefahr bringen könnten. Die ganzen Traditionen und die Würde der Partisanen wurden durch den Dreck gezogen, lediglich aus Interessen des Fraktionskampfes heraus. Dadurch wurde die ganze Partei und die Arbeiterbewegung geschwächt – für die bürgerlichen Parteien und ihre Presse war es ein Geschenk des Himmels, aber für diese Karrieristen war das unwichtig.

Dieses entwürdigende Spektakel war ein Meilenstein der politischen – und man muß sagen, der moralischen Entartung dieser „Gemäßigten“, deren Vorbild Felipe Gonzales und Neil Kinnock sind. Es ist kein Wunder, daß Tausende von Arbeitern und Jugendlichen die neue PDS verlassen haben und – trotz der Führung – mit der linken Abspaltung gegangen sind, um die neue Partei „Rifondazione Comunista“ (Neugründung der KP – RC) aufzubauen.

Was bedeutet diese Spaltung für die Arbeiterklasse? In der Geschichte der italienischen Arbeiterbewegung hat es mehrere Spaltungen gegeben, mit ganz unterschiedlichen Folgen. Schon vor dem ersten Weltkrieg gab es in der Sozialistischen Partei eine ähnliche Debatte wie in der SPD zwischen Marxisten und Revisionisten. Das Ergebnis war die Abspaltung der schlimmsten Rechten. Solch eine Spaltung stärkt die Bewegung. Als Italien 1916 in den imperialistischen Krieg eintrat, stand die PSI in Opposition, wenn auch mit verschiedenen Argumenten.

Nach dem Krieg wurden die Arbeiter und Bauern radikalisiert und wollten dem Beispiel der russischen Revolution folgen. Nicht nur die Linken, sondern auch die zentristische Führung der PSI ermutigte die Arbeiter mit revolutionärer Propaganda. Die Arbeiter meinten es ernst und im September 1920 traten sie in einen unbefristeten Generalstreik ein und übernahmen die Betriebe. Doch für die Führung der PSI und der Gewerkschaften blieb ihre Propaganda nur eben das: leere Propaganda. An die Durchführung einer Revolution, an die Verwirklichung der sozialistischen Idee hatten sie nie ernsthaft gedacht. Mitten in einer Revolution lassen diese „Führer“ die Arbeiter im Stich, riefen sie auf, die Betriebe den Padrone (Großgrundbesitzer und Unternehmer in Italien) zurück-

zugeben, auf die nächste Wahl zu warten und die PSI zu wählen, damit sie den Umsturz „legal“ durchführen könnten! Die Herrschenden machten die üblichen Zugeständnisse, damit die Führung den Arbeitern einen „Erfolg“ verkaufen konnte, und dann bereiteten sie ihre Rache vor. 18 Monate später wurden die Faschisten an die Macht gebracht und die Arbeiterorganisationen, demokratische Rechte und natürlich die Zugeständnisse zerstört.

Vor diesem Hintergrund gab es eine neue Spaltung, die absolut notwendig für die Zukunft der Arbeiterbewegung war. Kurz nach dem Aufstand von 1920 trennten sich die Linken der PSI von den offenen Rechten und auch von dem opportunistischen Zentrum und gründeten die PCI. Für die Arbeiter, die sich verraten und verkauft fühlten und von der Führung der PSI nur verwirrt wurden, war die PCI eine neue Hoffnung. Am Anfang hatte die PCI 50.000 Mitglieder, die PSI 100.000, einschließlich 14.000 Rechten, die in eigenen Strukturen organisiert waren. Trotzki riet der jungen PCI, eine gewisse sektiererische Abneigung gegen alle Mitglieder der PSI aufzugeben und sich an den Arbeitern zu orientieren, die ihrer traditionellen Partei immer noch treu blieben. Der Kampf gegen den drohenden Faschismus stellte neue Herausforderungen an die halbherzige PSI-Führung und es kam zu einer neuen Bewegung ihrer Basis hin zur PCI.

In dem Kampf gegen den Faschismus 1922–43 gewann die PCI das Vertrauen der Arbeiterklasse und vieler Bauern. 1943 hatten die Arbeiter und Partisanen im Norden die Macht in ihren Händen. Doch während der 30er Jahre kam die PCI-Führung um Togliatti unter den Einfluß der stalinistischen Bürokratie in der Sowjetunion und wurde auch reformistisch. Nach der Niederlage der Faschisten, als die Kapitalisten und Großgrundbesitzer schutzlos dastanden, befahl die aus Moskau zurückgekehrte PCI-Führung die Entwaffnung der Partisanen und die Bildung einer kurzen Koalitionsregierung mit der PSI und den neugeborenen bürgerlichen „Demokraten“. Der bürgerliche Staat wurde wiederhergestellt.

Waren die PCI und die PSI bei der ersten Wahl nach dem Krieg fast gleich stark, so verlor die PSI aufgrund ihrer Zusammenarbeit mit den Christdemokraten in den folgenden Jahrzehnten Schritt für Schritt Unterstützung. Als Hauptoppositionspartei gewann die PCI dazu. Trotz Enttäuschung und einem Rückgang in den letzten Jahren bleibt die PCI (und jetzt die PDS) die Hauptpartei der italienischen Arbeiterklasse.

Es hat aber auch andere Abspaltungen gegeben. Nach der Rettung des Kapitalismus 1943 kam Italien zwangsläufig unter amerikanische Vorherrschaft. Die bürgerlichen Parteien wurden geheim finanziert und die PCI 1948 aus der Koalition herausgeschmissen. Doch ein Teil der Basis der PSI wollte ohnehin mit der anderen Arbeiterpartei zusammenhalten und einer neuer linker Flügel entstand. Mit Geld vom CIA und der Unterstützung der Bourgeoisie wurde die Arbeiterbewegung gespalten und geschwächt. Einige Rechte spalteten sich von der PSI ab und gründeten die „Sozialdemokratische Partei“. Der Gewerkschaftsdachverband wurden in drei Teile gespalten. Trotzdem ist es eine Ironie, daß selbst diese PSDI – eigentlich eine bürgerliche Partei – es immer noch für nötig hielt, an einem Symbol mit aufgehender Sonne und dem Motto „Sozialismo“ festzuhalten.

1965, als die Führung der PSI einen Zusammenschluß mit der PSDI anstrebte, entstand erneut eine große Unzufriedenheit an der Basis, und 100.000 Arbeiter verließen die Partei und gründeten die PSIUP. 1969 verließen auch 100.000 Arbeiter, überwiegend Gewerkschaftsaktivisten, die PCI und gründeten die Gruppe „Il Manifesto“. In beiden Fällen gingen die besten Arbeiter aus den Parteien heraus und versuchten, eine wirklich revolutionäre Partei aufzubauen. Doch beide „Versuche“ verschwanden nach einigen Jahren. Die meisten Mitglieder gingen nochmals zur PCI. Einige waren zu enttäuscht und gaben ihre politische Arbeit auf. Einige Reste formierten sich in der PDUP, einer Sekte, die für eine kurze Zeit ein paar Prozentpunkte bei den Wahlen erreichen konnte und sogar einige Sitze im Parlament bekam. Diese und andere Sekten trennten viele Jugendliche und nicht wenige Arbeiter, die für den Sozialismus kämpften, von der Massenbasis der PCI und der PSI und von ihren Millionen Unterstützern, gerade in der vorrevolutionären Situation der 70er, als Hunderttausende in der PCI und PSI eine sozialistische Alternative, aber auch einen einheitlichen Kampf der Arbeiterbewegung suchten.

Warum wurde die PCI zur Massenpartei, aber alle anderen Abspaltungen nicht? Was heißt das für PDS und RC heute?

Die Arbeiterklasse bleibt den traditionellen Massenorganisationen treu, die sie über Generationen aufgebaut hat. Selbst wenn die Arbeiter mit diesen Parteien unzufrieden sind, versuchen sie in Zeiten von offenem Klassenkampf sie zu verändern und als taugliche Organisation ihres Kampfes zu nutzen. Warum soll man ein neues Werkzeug schaffen, wenn ein schon vorhandenes repariert werden kann? Man muß es allerdings zuerst ausprobieren. Erst dann weiß man, ob das alte Werkzeug noch brauchbar ist. Es muß getestet werden.

Erst als die alte PSI in großen Ereignissen getestet wurde – in Krieg, Revolution, Faschismus –, konnten breite Schichten der Arbeiterklasse die Schlußfolgerung ziehen: „Das Werkzeug taugt nichts mehr, wir brauchen ein



PCI-Demonstration 1948 in Mailand anläßlich des 31. Jahrestages der Oktoberrevolution

neues.“ Es handelt sich hier nicht um die Minderheit der politisch aktiven Arbeiter und Jugendlichen, die die Partei im voraus durch ihre Parteiarbeit und ihre Diskussionen getestet haben, sondern um die ganze Klasse, die ihre Erfahrung nur durch historische Ereignisse und Schocks sammelt. Die PCI sowie früher die PSI wurden während großer gesellschaftlicher Kämpfe aufgebaut und getragen, an denen die ganze Klasse beteiligt war. Sie ist also ein Produkt der Arbeiterklasse. Die PSIUP und II Manifesto waren Geschöpfe fortgeschrittener Minderheiten (wenn auch großer), die ihrer Klasse ein paar Schritte voraus waren. Ohne den Kern von Aktivisten wird keine Partei aufgebaut. Ohne die Beteiligung von Millionen an politischen oder gewerkschaftlichen Kämpfen wird es dem Kern nicht gelingen, eine Massenpartei zu schaffen.

Die RC ist keine solche Massenpartei. Sie wurde nicht von der Arbeiterklasse ins Leben gerufen, um eine Offensive zu organisieren, sondern von einer Clique alter Männer wie Cossutta, ein Verehrer von Breschnew und des Parlamentarismus, um ihre Karriere zu retten. Das ist jedoch nicht das Ende der Geschichte. Denn trotz Cossutta und Co. sind einige Tausende von Arbeitern und Jugendlichen mitgegangen, um eine echte revolutionäre Partei ohne eine Bürokratie aufzubauen. Die Partei könnte vielleicht 7-8% der Stimmen bei einer Parlamentswahl bekommen.

Wenn diese Jugendlichen und Arbeiter die Partei mit einem sozialistischen Programm bewaffnen und es nach draußen tragen könnten und sich dann konsequent wieder an die Basis der PDS orientierten, könnten sie ein Hebel für eine Entwicklung nach links in der Arbeiterbewegung sein. Allerdings ist die erste Voraussetzung die Abwahl der alten Garde. Ohne solch ein Programm und eine Orientierung an die PDS wird die RC nach kurzer Zeit an Unterstützung verlieren und die eigene Basis enttäuschen. Das lernen wir aus der Erfahrung von PSIUP und II Manifesto.

Die Folgen der Politik der Führer – aller Führer – der PCI in den letzten Jahren sind katastrophal. Bei der kürzlich durchgeführten Kommunalwahl auf Sizilien bekamen PDS und RC zusammen weniger Stimmen als die PCI alleine vorher. Viel schlimmer aber ist der Niedergang innerhalb der Partei. Vor zehn Jahren hatte die Jugendorganisation der PCI 150.000 Mitglieder. Heute hat die der PDS nur 6.000! Vor einem Jahr waren es noch 60.000.

Nur eine große Bewegung der Arbeiterklasse wird die Situation in der PDS grundlegend ändern. Wenn die jungen und alten Kämpfer in der RC die Partei darauf vorbereiten würden, könnten sie dann die Rolle eines Katalysators spielen. Es ist die Aufgabe von Marxisten, ihnen zu helfen, ein solches Programm, eine richtige Orientierung und eine kämpferische Führung zu schaffen. Eine Strömung, die diesen Weg versucht, sind die Herausgeber und Unterstützer der 14tägig erscheinenden Zeitung „Falce Martello“ (Hammer und Sichel). Mit freundlicher Genehmigung veröffentlichen wir hier ihren Appell an die Mitglieder der PDS und der RC zur Information für unsere Leser.

Für die Einheit der Arbeiter

Die Spaltung der PCI stellt Tausende von Kämpfern vor die Notwendigkeit, sich zu entscheiden, wie und wo ihr Kampf vorwärtsgebracht werden kann. Unserer Meinung nach sind die Ereignisse der letzten Jahre, einschließlich der Erfahrung durch die Spaltung, wertvolle Lektionen für alle, die für kommunistische Ideen in der Arbeiterbewegung kämpfen. Deshalb bieten wir allen, die sich zur Zeit diese Fragen stellen, unsere Analyse und unsere Perspektiven an.

Die Krise der Linken

Seit Jahren spricht man soviel von der Krise der Linken, daß dieser Ausdruck nun allgemeingültig geworden ist. Die Propagandisten der Bourgeoisie haben versucht uns weiszumachen, daß der Kapitalismus jetzt all seine Probleme überwunden habe, daß die Arbeiterklasse schrumpfen würde und daß man daher jede Möglichkeit, für eine bessere Gesellschaft zu kämpfen, vergessen könne. In dieser, auf solche Ideen aufgebauten Propaganda, die leider auch breiten Anklang bei der Führung der kommunistischen Partei und der Gewerkschaft gefunden hat, steckt ein Körnchen Wahrheit. Natürlich stimmt es nicht, daß der Kapitalismus all seine Widersprüche gelöst hat; genausowenig ist es wahr, daß die Arbeiter immer weniger in der Gesellschaft zählen. Was tatsächlich stimmt, ist, daß die traditionellen Organisationen der Arbeiterbewegung in der Krise sind. Die Parteien und die Gewerkschaften, in denen sich ein Jahrhundert hindurch die Arbeiter im Kampf für ihre Rechte organisiert haben, scheinen nun seit mindestens einem Jahrzehnt in ganz Europa rein gar nichts anzubieten zu haben. Die Führung hat sich von der Basis gelöst und ihre Programme werden immer abstrakter. Mit einem Wort, die Organisationen erweisen sich als unfähig, ihre Aufgaben wahrzunehmen: das Instrument zu sein, mit dem die Arbeiter dafür kämpfen können, ihren Lebensstandard zu verteidigen und zu verbessern.

Stalinismus und Reformismus

Diese Krise findet nicht aufgrund irgendwelcher Fehler einzelner Funktionäre oder einfach aus Zufall statt. In den letzten Jahren sind wir Zeugen des Zusammenbruchs der Grundlagen der beiden grundlegenden Strömungen geworden, die über Jahrzehnte die Arbeiterbewegung dominiert haben: des Stalinismus und des Reformismus. Der Verfall der stalinistischen Staaten wirkte auf viele wie ein Blitz aus heiterem Himmel. In wenigen Monaten hat man Regimes einstürzen sehen, die jahrzehntelang gehalten hatten, und die ewige Symbole für Stabilität zu sein schienen.

Hier ist nicht genügend Raum, um detailliert die Geschichte des Stalinismus und die Gründe für die Entartung der Russischen Revolution in einen diktatorischen Staat, der von einer totalitären Bürokratie kontrolliert wurde, zu analysieren. Es genügt zu sagen, daß der Hauptgrund für den Zusammenbruch dieser Regimes ihre völlige Unfähigkeit ist, die Wirtschaft und die Gesellschaft über ein gewisses Niveau hinaus zu entwickeln.

Während der 50er und 60er Jahre hat die Bürokratie es geschafft, trotz einer enormen Verschwendung die Grundsteine für eine moderne Industrie und Wirtschaft

zu legen; im letzten Jahrzehnt dagegen haben Korruption, Unterdrückung, Verschwendung und Mißwirtschaft solche Maße erreicht, daß die Bürokratie zu einem absoluten Hindernis für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung geworden ist. Das ist der tatsächliche Hintergrund für den Zusammenbruch dieser Regimes.

Die Entartung der Bürokratie ist soweit gegangen, daß in vielen osteuropäischen Ländern und in der Sowjetunion selbst ein Großteil der Ex-Bürokraten dazu übergegangen ist, ohne jegliche Vorbehalte die Idee der Restauration des Kapitalismus zu verfechten – als angeblich einzige Möglichkeit, die Gesellschaft aus dem Schlamm zu ziehen, in den sie sie selbst manövriert haben. Sie lassen damit die Arbeiter den Preis für die Unfähigkeit der Bürokratie zahlen.

Der Zusammenbruch der stalinistischen Regimes hat Tausende von kommunistischen Kämpfern verwirrt, da ihnen jahrelang von ihrer Führung erzählt worden war, daß das Modell, dem man folgen müsse, das der Sowjetunion unter Stalin oder Breschnew sei. Viele der Funktionäre, die gerade in der Vergangenheit die Politik der stalinistischen Bürokratie verteidigt haben, sind heute die überzeugtesten Verfechter der Marktwirtschaft. Auch als sie angefangen haben, den Stalinismus zu kritisieren, haben sie nie eine ernsthafte Analyse dieser Regimes gegeben. Allerhöchstens haben sie zugegeben, daß vielleicht ein bißchen Demokratie hätte zugestanden werden müssen, daß es aber in jedem Fall sozialistische Regimes seien.

Wir haben uns immer gegen die Verbrechen des Stalinismus gestellt. Wir glauben, daß weder die Bürokratie noch die Kapitalisten den Arbeitern dieser Länder irgendetwas anzubieten haben. Wir kämpfen für die Kontrolle der Arbeiter über die Wirtschaft und die Gesellschaft und wir verteidigen die Prinzipien der Arbeiterdemokratie, wie Lenin sie 1917 formuliert hat:

- * Wahl- und Abwählbarkeit aller Funktionäre.
- * Kein Funktionär darf mehr als einen Facharbeiterlohn verdienen.
- * Kein stehendes Heer, sondern eine Volksmiliz.
- * Rotation der administrativen Ämter. „Wenn alle Bürokraten sind, ist keiner Bürokrat.“

Das waren die Grundsätze der wahren Arbeiterdemokratie, die nach der Russischen Revolution 1917 geboren wurden, und noch heute sind sie das einzige Mittel, mit dem die Arbeiter der stalinistischen Länder die Bürokratie, die sie für Jahrzehnte unterdrückt hat, stürzen können.

Es gibt keinen Spielraum für Reformen

Aber parallel zum Verfall des Stalinismus sehen wir auch, wie die Grundlagen für den „klassischen“ Reformismus anfangen, wegzubrockeln. In den letzten zehn Jahren haben wir sozialistische oder sozialdemokratische Regierungen in Frankreich, Spanien, Griechenland und der Schweiz gesehen. Alle diese Regierungen sind aufgrund der Versprechen gewählt worden, wesentliche Reformen für die arbeitende Klasse durchzuführen. Aber als es darauf ankam, sind sie alle mit der Arbeiterklasse zusammengestoßen, da sie die rechte Politik, Kürzungen im Sozialbereich und Angriffe auf den Lebensstandard der

Arbeiter und ihrer Familien weitergeführt haben. Tatsache ist, daß im Gegensatz zu den 50er und 60er Jahren die kapitalistische Wirtschaft kaum mehr Spielraum besitzt. Auch in den Jahren des Wirtschaftsaufschwungs war es in allen Ländern ein charakteristisches Merkmal, daß die Ausbeutung der Arbeiterklasse erschreckend vermehrt worden ist, sei es bei Arbeitsplätzen oder durch Angriffe im Sozialwesen. Wenn man unter diesen Bedingungen versucht, weiterhin Reformen, auch wenn es nur minimale sind, zu verteidigen, stößt man automatisch mit den Interessen der Unternehmer zusammen. Und keiner der führenden Köpfe der sozialistischen Parteien in ganz Europa war darauf vorbereitet, diesen Kampf zu führen. Das Ziel ihrer Politik war, die Interessen der Arbeiter zu verteidigen ohne die der Herrschenden anzugreifen. Als sie sahen, daß das nicht möglich ist, haben sie sich demütig vor den „Sachzwängen“ des Kapitalismus und den Ansprüchen der Herrschenden verneigt.

Diese Erfahrung muß uns zum Nachdenken bringen. Die Lektion aus zehn Jahren linker Regierungen in verschiedenen Ländern Europas liegt klar auf der Hand: Heute gibt es keinen Spielraum für den Reformismus, und eine Arbeiterpartei, die versucht diesen Weg zu nehmen, wird schnell in Konflikt mit den Arbeitnehmern geraten.

Die Krise der PCI und die Spaltung

Die Führung der PCI hat jahrelang die Ideen des Reformismus unter verschiedenen Decknamen verteidigt. In den letzten 15 Jahren haben wir die Ergebnisse einer solchen Politik gesehen: der historische Kompromiß, die Politik der Entbehrungen, die Niederlage bei Fiat 1980, die permanenten Angriffe auf Sozialleistungen, die Steuererhöhung, die in erster Linie die Arbeiter zahlen läßt, die Angriffe auf die gleitende Lohnskala usw. Jahrelang hat sich die Spitze der PCI und der Gewerkschaft gesagt, daß wir all das zulassen müssen, um der Wirtschaft die Möglichkeit zu geben, sich zu erholen, um der Inflation Herr zu werden usw. Mit einem Wort, sie haben sich der Theorie ergeben, daß die Arbeiter für die Krise des kapitalistischen Systems verantwortlich sind und daß wir zahlen müssen. Die Ergebnisse dieser Politik sind offensichtlich. Die einzigen, die verdient haben, waren die Herrschenden, die jahrelang Superprofite auf unsere Kosten gemacht haben, auf Kosten unserer Arbeitsbedingungen und unserer Löhne.

Darüberhinaus hat unsere Führung mit dieser Politik die PCI und die Gewerkschaften so in Mißkredit gebracht, daß sie dazu beigetragen hatten, daß sich Tausende von politisch Aktiven von der aktiven Politik distanzieren haben. Sie hat sie davon überzeugen können, daß auch in der Arbeiterbewegung Politik Karrierismus, Bürokratie und Korruption bedeutet und nicht, für seine eigenen Rechte zu kämpfen. Der letzte Akt dieser Krise, die schon länger als zehn Jahre andauert, war die „Wende“ Occhetto. Er hatte beschlossen, das, was schon seit Jahren Realität war, formal zu besiegeln: die PCI dürfte sich nicht länger als Partei, die die Interessen der Arbeiterklasse verteidigt und für eine sozialistische Gesellschaft kämpft, präsentieren, sondern müßte eine reformistische Partei werden, die sich allen „Bürgern“ zuwendet (ohne dabei zwischen dem „cittadino Agnelli“ [„Bürger Agnelli“; der Chef von Fiat, die Red.] und dem „Bürger“, der sich den

Rücken in den Fabriken zerbricht, zu unterscheiden). Es wurde eine Namensänderung von Kommunistische Partei (PCI) in „Partei der demokratischen Linken“ (PDS) vorgenommen.

Diese Wende war der letzte Anstoß für eine Reihe von Kämpfern, mit der PDS zu brechen und dem Teil der PCI-Führung zu folgen, der die Bewegung für eine kommunistische Neugründung „rifondazione comunista“ (RC) gegründet hat (Cossutta, Garavino u.a.).

Ein kommunistisches Programm

Nach zwei Monaten der Spaltung wird es Zeit, eine erste Bilanz dieser Erfahrung zu ziehen. In diesen Wahlen haben sich die Spitzen der PDS und der RC in eine Art

Die Frage, die sich daher stellt, ist, welche Alternative man anbietet und wie man solche Positionen bekämpft. Wir können nicht zuschauen, wie weder Cossutta, Garavini oder sonst ein führender Funktionär der RC eine einzige klare Antwort geben. Das, was bisher die Aussagen dieser Politiker beherrscht hat, war keine politische Analyse oder ein Programm; es waren vielmehr allgemeine Appelle an die Idee des Kommunismus, der Symbole usw.

Was noch viel ist, ist, daß die Positionen mancher dieser führenden Köpfe denen der alten PCI-Führung ähneln. In erster Linie haben wir noch keine ehrliche und radikale Kritik an den Fehlern und den dadurch verursachten Niederlagen der alten PCI-Spitze gehört. (Alle

führenden Köpfe der RC waren Teil der PCI-Führung.) Wir haben noch nichts über ihre Haltung zu den Ländern Osteuropas gehört. (Es scheint, daß dieses Thema tabu ist, da in allen Versammlungen, an denen wir teilnahmen, keiner diesen Punkt angesprochen hat.) In letzter Zeit haben Cossutta und andere Genossen die Politik des historischen Kompromisses mit der DC (Christdemokraten), die Politik der Entbehrungen usw. kritisiert. Das ist natürlich sehr positiv, aber es beantwortet nicht die grundsätzliche Frage: Was war die Ursache für diese Fehler und wie können wir sie in Zukunft vermeiden? Es genügt nicht, wenn man merkt, daß eine Politik falsch war (und das mit 15 Jahren Verspätung). Man muß auch deutlich sagen, was man stattdessen hätte tun müssen und was man in Zukunft tun wird.

Natürlich ist es keine Frage von öffentlichen Revisionen. Das, was wir fordern, ist eine freie und offene Diskussion über die Gründe der Krise der ehemaligen PCI, damit alle Aktiven diese Niederlage verstehen können, denn das ist die einzige Garantie dafür, daß diese Erfahrung nicht nochmal gemacht werden muß.

Man kann sich nicht als Kommunist bezeichnen, wenn man nicht den eigenen Standpunkt im Vergleich zu den Geschehnissen in der Sowjetunion erklärt. Wenn man nicht den Unterschied zwischen Stalinismus und Kommunismus aufzeigt, läßt man den Spielraum für demagogische und lügnerische Angriffe aus den Reihen der Reformisten und der Bourgeoisie. In allen diesen Fragen hat die RC-Spitze noch kein klares Wort verlauten lassen, und das nicht zufällig. Tatsächlich entziehen sie sich allen Argumenten, die ihre gesamte Vergangenheit als Teil der PCI-Führung in die Diskussion bringen könnten. Die Erfahrungen der PCI müßten gezeigt haben, daß nicht Tausende von Mitgliedern, Funktionären, Strukturen und finanziellen Mitteln genügen, um eine Partei aufzubauen.



PCI-Anhänger während einer Demonstration 1989.

Wettstreit um Mitglieder begeben. Aber das erste was auffällt ist, daß nach den Zahlen und Statistiken, die bisher erschienen sind, beide Organisationen zusammen weniger Mitglieder und Wähler als die alte PCI haben. Das zeigt zum wiederholten Male, daß es weder auf den Namen, das Symbol oder auf das Parteibuch, sondern auf das Programm ankommt. Wir haben zuvor die Gründe für die Krise des Reformismus analysiert.

Während des Golfkrieges hat die PDS-Spitze unendlich viele Demonstrationen ihres Mangels an Analyse und Perspektive gegeben. Sie hat sich damit begnügt zu sagen, daß sie für Frieden ist, ohne in irgendeiner Form die Gründe für den Krieg zu erklären und hat die Autorität der UNO anerkannt (der gleichen UNO, die diesen Krieg vorbereitet und ihn im Interesse des amerikanischen Imperialismus legitimiert hat). Kurz gesagt hat sie alles getan, um sich nicht von der konfusen und heuchlerischen Politik der Kirche, der „Comunione e Liberazione“ und vielen anderen zu unterscheiden.

Dies alles ist wertlos, wenn ein klares Programm, das den Arbeitern und Jugendlichen angeboten wird, fehlt. Jahrzehntlang hat die PCI kein solches Programm gehabt und mit der gegenwärtigen Krise muß sie den Preis dafür zahlen. Wir glauben, daß heute die einzige Möglichkeit ernsthaft für kommunistische Ideen zu kämpfen in konkreten Taten und Vorschlägen liegt, die die Arbeiter und Jugendlichen anziehen können, insbesondere diejenigen, die zur Zeit nirgends organisiert sind (und das ist die Mehrheit). Das bedeutet, die akuten Probleme der Menschen, mit denen sie täglich konfrontiert sind, aufzugreifen. Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, der Kahlschlag im Sozialbereich, Gesundheitswesen, Behörden, Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen, die aufkommende Rezession mit ihren unausweichlichen Entlassungen und neuen Angriffen, wachsender Rassismus, die Mafia ... Zu all diesen Problemen muß eine tatsächlich kommunistische Partei konkrete Forderungen aufstellen, die dazu beitragen, den Arbeitern die wahren Verantwortlichen für ihre Situation aufzuzeigen. Es muß gesagt werden, daß, wenn Wohnungen fehlen, das nicht die Schuld der Einwanderer ist, sondern die der Spekulanten, die Tausende von Wohnungen leer stehen lassen, und daß man deshalb die Enteignung dieser Unternehmen fordern muß.

Man muß aufzeigen, daß der Kahlschlag im sozialen Bereich mit Milliardenbeträgen einher ging, die den Herrschenden jährlich vom Staat unter den verschiedensten Vorwänden geschenkt wurden. Es muß dafür gekämpft werden, daß alle Betriebe unter demokratischer Arbeiterkontrolle verstaatlicht werden, die nach Jahren der Superprofite heute davon reden, daß Leute entlassen werden müssen.

Wenn das alles deutlich erklärt wird, ist es möglich, neue Kämpfer zu gewinnen und eine wahre Alternative zu der Regierung von DC und Kapital darzustellen. Ansonsten besteht die Gefahr, daß wegen des Fehlens deutlicher Forderungen und eines klaren Programms viele Genossen auch von der RC demoralisiert werden, und daß noch einmal die Hoffnung vieler Jugendlicher von einer Führung, die diesen Namen nicht verdient, enttäuscht wird.

Die Arbeiterbewegung einigen!

Eine Arbeiterpartei müßte in ihrer Politik alle Erfahrungen der Arbeiterbewegung, die Analysen und das Programm so zusammenfassen, daß sie ein wirkliches Kampfinstrument für die Arbeiter, die eine Alternative suchen, wäre. Heute ist die Arbeiterbewegung gespalten, und das bringt große Verwirrung für viele Aktive. Alles, was wir zuvor erklärt haben, zeigt, daß man vergeblich darauf hoffen wird, daß Leute wie Cossutta, Garavini und Libertini eine Alternative zu Occhetto und dem Reformismus bieten. Wir glauben, daß man nicht darauf warten kann, daß eines Tages einer der führenden Köpfe mit einer schönen fertigen Alternative auftaucht. Wir müssen sofort anfangen, zu mobilisieren, indem wir an der Basis, in den Betrieben, in den Schulen, in den Vierteln beginnen, unsere Ideen denjenigen anzubieten, die bereit sind, sich dafür einzusetzen. Wir glauben, daß die wichtigste Aufgabe darin besteht, jeden Arbeiter, der sich organisieren will, diese Möglichkeit zu geben, und auf dieser Grundlage ist die Spaltung ein Fehler und schädlich. Wir können

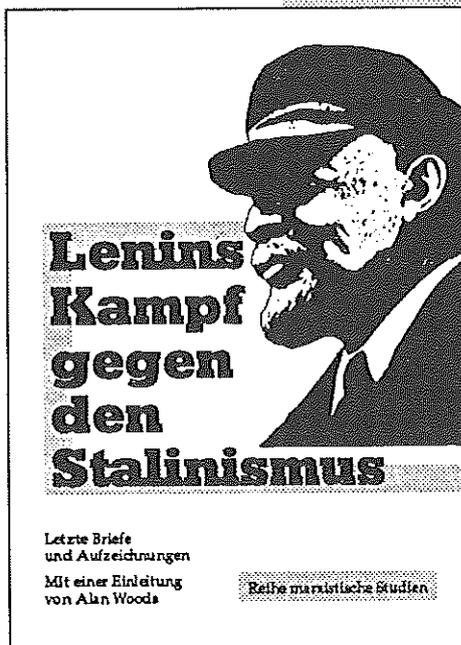
nicht davon ausgehen, daß alle, die kämpfen wollen, die PDS verlassen und zur RC gehen. Viele sind unentschlossen, da die RC trotz allem eine Minderheitsabspaltung ist. Andere erinnern sich sehr wohl daran, welche Rolle ihre Führung in der Vergangenheit gespielt hat. Aber das Wichtigste ist, daß es viele potentielle Aktivisten unter den Jugendlichen gibt, die frisch in den letzten Jahren in die Betriebe gekommen sind, die zur Zeit in keinster Weise die Gründe für die Spaltung oder den Unterschied zwischen den beiden Parteien deutlich verstehen. Das bedeutet, wenn sie gezwungen sein werden zu kämpfen, wird sich ihre Aufmerksamkeit auf beide Parteien richten, und ein Großteil wird auf die PDS schauen, allein wegen ihrer Überlegenheit in den Wahlen. Die PDS wird ihre Attraktivität für viele Schichten behalten, die heute noch nicht politisch aktiv sind.

Die Spaltung macht es nur den Karrieristen und den Reformisten einfacher, indem sie ihnen die Möglichkeit gibt, neue Niederlagen vorzubereiten. Deshalb glauben wir, daß es richtig ist, auch auf diesem Gebiet gegen den Reformismus zu kämpfen, ohne der PDS-Spitze freie Hand zu lassen, da sich in ihr Tausende von Kämpfern finden und finden werden, die bereit sind zu kämpfen. Wir können nicht zulassen, daß Sektierer die Mitgliedschaften zweier Parteien spalten, und müssen sie daran hindern, diejenigen zu organisieren, die heute noch nicht bereit sind zu kämpfen. Diese Teilung ist nur zugunsten der Bürokraten, der Karrieristen und der Herrschenden.

Eine unabhängige Politik

Viele Genossen der RC sagen sich, in der gleichen Partei mit Occhetto oder Napolitano zu sein, bedeutet gleichzeitig seine Unabhängigkeit zu verlieren. Das stimmt nicht. Wahre Unabhängigkeit besteht nicht in einer Abkürzung oder einem Parteibuch. Unabhängigkeit erobert man sich im täglichen Kampf, indem man unsere Ideen trotz und gegen die reformistischen Funktionäre verbreitet, und indem man eine Opposition aufbaut und organisiert, die nicht aus Einzelkämpfern besteht, sondern die darauf abzielt, die Aktivisten zusammenzubringen und eine neue Führung für die Arbeiterbewegung aufzubauen.

Seit acht Jahren kämpfen wir Unterstützer der Zeitung „Falce Martello“ für diese Ideen in den Arbeiterorganisationen. In diesem Kampf sind wir schon etliche Male mit der PCI-Führung und der der FGCI (*Jugendorganisation der PCI, die Red.*) zusammengestoßen, gerade weil wir nie dazu bereit waren, von unseren Ideen abzuweichen. Viele von uns sind in den letzten Jahren aus PCI und FGCI ausgeschlossen worden (und manch einer, der unsere Ausschlüsse befürwortete, ist heute in der RC), aber kein bürokratisches Mittel hat je verhindern können, daß unsere Ideen von immer mehr kommunistischen Kämpfern gehört und unterstützt werden. Wir glauben, daß dies der Weg ist, eine tatsächlich kommunistische Partei der italienischen Arbeiter aufzubauen.



Wir bieten außerdem noch viele andere VORAN-Broschüren an sowie Bücher marxistischer Literatur. Weiterhin liefern wir Buttons, bedruckte T-Shirts und Aufkleber. Bitte Gesamtliste bei der Redaktion bestellen.

Jetzt bestellen!

Ted Grant, Marxist und lange Jahre Mitglied der Labour Party in Britannien, analysierte 1954 die Positionen der verschiedenen Flügel in der Labour Party zur Frage der deutschen Wiederbewaffnung. Dabei geht er ebenfalls auf den Faschismus und die Teilung Deutschlands ein. Die von ihm kritisierte Gemeinsamkeit der beiden Flügel bestand darin, daß sie der Arbeiterklasse Deutschlands keine eigene Rolle bei der Lösung der Probleme des Imperialismus zugestehen - und selbst überlegen, welche Zukunft sie den deutschen Arbeitern verschreiben wollen. Ein lesenswerter Beitrag zur deutschen Nachkriegsgeschichte.

Briefe Lenins

Alan Woods analysiert die Politik der Bolschewiki Anfang der 20er Jahre und die Stellung Lenins anhand seiner Briefe in den letzten Monaten seines Lebens. Alan Woods zeigt, wie schon zu dem Zeitpunkt die Wurzeln der stalinistischen Konterrevolution für Lenin erkennbar wurden und wie er dagegen zu kämpfen begann. Ein gutes Verständnis der Prozesse, die zur Entartung der Sowjetunion in eine stalinistische Diktatur geführt haben, ist heute für jeden Marxisten unerlässlich. Diese Broschüre bietet einen guten Einstieg in das Thema.

„Internationalismus gegen Imperialismus“, A5, 28 Seiten, 2,50 DM, „Lenins Kampf gegen den Stalinismus“, A5, 40 Seiten, 3,- DM. Bestellungen bitte gegen Vorkasse zuzüglich 1,50 DM Porto und Verpackung richten an:

VORAN

Hansaring 4, 5000 Köln 1
Telefon 02 21 / 13 45 04
Telefax 02 21 / 13 72 80

Mehr als nur eine linke Zeitung

VORAN wird von aktiven SPD-Mitgliedern, Jungsozialisten, Falken und Gewerkschaftern getragen, finanziert und verbreitet, die den Marxismus als lebendige Anleitung zum Handeln verstehen. Sie ist politisch und finanziell unabhängig von reichen Einzelpersonen oder Unternehmern, aber auch von der SPD- und Gewerkschaftsführung. Abhängig ist sie dagegen von ihren Lesern, Unterstützern und Abonnenten.

Zeitgemäß und realistisch sind heute angeblich Lobgesänge auf die „freie Marktwirtschaft“, da sind sich Bush, Kohl, Lafontaine und Gorbatschow einig. VORAN dagegen ist die Plattform für alle Sozialisten, die nach wie vor für die Enteignung der großen Konzerne, Banken und Versicherungen unter demokratischer Arbeiterkontrolle und den Aufbau einer demokratischen Planwirtschaft eintreten. Sie richtet sich sowohl an die kritische Mitgliedschaft von SPD und Gewerkschaften als auch an parteipolitisch unorganisierte Jugendliche und Arbeiter(innen).

Seit dem ersten Erscheinen 1973 nimmt VORAN einen klaren Klassenstandpunkt ein – gegen das kapitalistische Profit- und das stalinistische Mißwirtschaftssystem, gegen die Ausbeutung der „3. Welt“.

Der Weg zur sozialistischen Demokratie führt über die sozialistische Erneuerung der Arbeiterorganisationen und den Aufbau eines starken marxistischen Flügels bei den Jusos und in der SPD. Dabei kannst auch Du mithelfen, indem Du VORAN abonnierst, politisch und finanziell unterstützt und die Zeitung weiterverbreitest.



Das gibt es jeden Monat auf 12 Seiten:

-  Aktuelle Berichte zu Angriffen von Kohl und Kapital und Gegenwehr.
-  Kritische Auseinandersetzung mit der Politik von SPD, Jusos und Gewerkschaften.
-  Internationale Berichte, Analysen und Perspektiven.
-  Theorie und Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung.
-  Berichte aus Betrieb und Gewerkschaft.
-  Aktionsbeispiele von aktiven Jusos und VORAN-Unterstützern.

Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 0221/134504
Überweisungen auf Postgiroamt Essen, Bankleitzahl 360 10043, Kto.-Nr. 250059-430



Ja, ich möchte

VORAN abonnieren

- 6 Ausgaben zu 9,60 DM
- Förderabo zu 20 DM (6 Ausgaben)

VORAN unterstützen

- und bitte um weitere Informationen
- und will VORAN weiterverkaufen und bestelle — Exemplare (in Kommission, Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

Name, Anschrift, Telefon